

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonnabend, den 8. Juni 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Verantwortlicher: Amt IV. Nr. 1984.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnementspreis: 1,10 Mark pro Monat, 11,00 Mark pro Jahr, 1,10 Mark pro Quartal, 3,30 Mark pro Semester. Einzelhefte 5 Pf. Sonntagsblätter 10 Pf. Postgebühren sind in den Preisen eingeschlossen. Auslandsendungen sind durch den Postboten zu zahlen. In Belgien, Dänemark, Deutschland, Italien, Ungarn, Österreich, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erste Ausgabe außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühren

Beträgt für die sechsstelligen Nummern 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Besprechungen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (letzte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

## Parteibildungen in Oesterreich.

Aus Wien wird uns vom 6. Juni geschrieben: Das allgemeine Wahlrecht hat in Oesterreich nicht nur dem Privilegienparlament, sondern auch mit den privilegierten Parteien aufgeräumt. Parteien, die ehemals klein waren, sind nun groß geworden, Parteien, die sich als groß fühlten, erscheinen jetzt dürrig und unbedeutend. Es ist also begrifflich, daß sich die einst so hochgenutten bürgerlichen Parteien, die durch den gewaltigen Sieg der Sozialdemokratie so beträchtlich an Boden verloren haben, nun zusammenschließen suchen, ihre alten Differenzen begraben wollen und daß sie in allen Nationen die eine, die bürgerliche Partei gegen die Partei der Arbeiter bilden möchten. Die Scheidung der Parteien nach Klassen ist noch nicht vollendet, aber aus dem Trümmerfeld der bürgerlichen Parteien, das die Wahlen zurückgelassen haben, treten ihre Konturen bereits deutlich hervor.

Das Bestreben der bürgerlichen Konzentration ist bei allen Nationen wahrzunehmen und bei den Deutschen ist es schon mißlungen. Hätte der Mißerfolg darin seinen Grund, daß den deutsch-bürgerlichen Parteien noch starke politische Anschauungen eigen, die sie nicht aufgeben können, ohne sich selbst aufzugeben, so wäre es ein Ausdruck ihrer Entwicklung. Aber die Idee der Bildung einer großen deutsch-freihheitlichen Partei ist an so lächerlichen Hindernissen gescheitert, daß das Scheitern geradezu eine Bestätigung der unserer deutsch-österreichischen Bourgeoisie eigenen politischen Unfähigkeit und Rechthaberei ist.

Die Wahlen in Oesterreich hatten bekanntlich das Ergebnis, daß von den 23 deutschen Mandaten 16 an Christlichsoziale und Merikale gefallen sind, während die Sozialdemokratie deren 60 eroberte. Es bleiben also 87 Abgeordnete der verschiedenen Abstufungen des bürgerlichen Freiinns, so daß — ein paar unermessliche Kufenreiter und Eigenbröckler abgerechnet — etwa 80 Abgeordnete verbleiben, die zur Gründung einer Partei des bürgerlichen Liberalismus und deutschen Nationalismus tauglich wären. Das war auch die Hoffnung der Deutschen im Verlaufe der ganzen Wahlbewegung: die Gründung einer Partei, welche die kindischen Fraktionsunterschiede beseitigen und ein Gegengewicht bieten sollte gegenüber dem Merikalen Block auf der einen (denn dieser kommt durch Verschmelzung der Merikalen mit den Christlichsozialen zustande) und den Sozialdemokraten auf der anderen Seite, einer Partei, die also unter Umständen mit den Deutschmerikalen nationale, mit den Sozialdemokraten fortschrittliche Politik machen könnte. Diese Idee ist nun gründlich gemeuchelt worden.

Zwei deutsch-freihheitlichen Abgeordneten teilen sich in vier Fraktionen: in die Deutsche Volkspartei, die sich hauptsächlich aus den Alpenländern rekrutiert, die Deutsche Fortschrittspartei, die in den Südeländern ihre Stütze hat, die deutschen Agrarier, die von nichtmerikalischen Bauern gewählt sind, und die sogenannten Radikalen, den unter Volksführung stehenden Schöpfung der ehemaligen Alldeutschen. Zu allererst erhoben die Radikalen gegen die Verschmelzung Einspruch; sie sind zwar nur ein Duzend, aber ihre „Selbständigkeit“ geht ihnen über alles! Der eigentliche Janakopf war die Frage, ob man die drei in Wien gewählten freiheitlichen Abgeordneten aufnehmen dürfe. — Es sind das der Sozialpolitiker Dr. Dfner, der ein ebenso ausgezeichnete Jurist wie trefflicher Mensch ist, der ehemalige Ministerialrat Kuranda (ein Sohn des einstigen Gründers der „Grenzboten“, Ignaz Kuranda) und Baron Hod, auch der Sohn eines in Oesterreich berühmten Mannes, des ehemaligen Staatsrats Karl Hod, der auch in der Wissenschaft als Philosoph und Nationalökonom seinen Namen hat. Der Ausschließungsgrund gegen die drei ersten ist sehr einfach: Sie sind nämlich — Juden und also als politische Weggenossen „gut deutscher Männer“ schlechthin ungeeignet. Warum aber der Baron Hod nicht aufgenommen werden darf? — Er ist im Bezirk Allersgrund gewählt und zweifellos ein interessanter Mensch. Bei den Christlichsozialen ist er schon als Beamter in der niederösterreichischen Statthalterei verhaßt gewesen durch die Eigenschaft, die sie am wenigsten vertragen, nämlich durch seine gewissenhafte Redlichkeit in der Handhabung der Geseze, bei der er christlichsoziale Günstlinge nicht schonte. Sie haben bei Kocber schließlich seine Abdankung durchgesetzt, und Baron Hod ist nun Hofrat beim Verwaltungsgerichtshof. Seine verdienstlichste Tat ist die Gründung der „Freien Schule“, eines sich über ganz Oesterreich erstreckenden Vereins, dessen Zweck die Verteidigung der Schule gegen die Anschläge des im Dunkeln schleichenden Merikalismus ist. Der Verein, dem auch die Arbeiterklasse Interesse widmet, ist heute das Zentrum des bürgerlichen Freiinns, also den Merikalen ein Dorn im Auge. Die Forderung, daß dem Baron Hod die Ausnahme in die geplante große deutsche Partei verweigert werde, ist den Wolf-Leuten, die sie erhoben, auch zweifellos von den Christlichsozialen eingeblasen worden: sie ist eine Frucht jenes Kompromisses, das zwischen den Nömlingen und den Los-von-Rom-Leuten bei den Stichwahlen geschlossen wurde, und das sicherlich zu den seltsamsten Blüten der Stichwahlpolitik gehört. Ueber diese unwürdige Forderung ist nun die ganze Parteibildung gescheitert! Die Parteien haben sich nicht nur nicht vereinigt, vielmehr

sich noch mehr zerstritten. Herausgekommen ist bisher nur die Fusion der Volksparteier und der Agrarier in einen „Deutschnationalen Verband“, dem sich die Radikalen mehr oder minder intim „angliedern“ werden. Dagegen ist der Fortschrittspartei, die unter ihren Wählern und unter ihren Abgeordneten Juden hat, geradezu der „gelbe Fleck“ angeheftet worden; die einst einflussreichste, überhaupt die Partei des deutsch-österreichischen Bürgertums, die allerdings in den Wahlen auf etwa zwanzig Mann reduziert wurde, steht nun vor dem unmittelbaren Zerfall. Der Plan, alle bürgerlich-freihheitlichen Elemente zu sammeln, hat in der Praxis der deutschen Unfähigkeit ins Gegenteil umgeschlagen: der vierte Teil des liberalen Besitzstandes ist abgeplittert und für die Majoritätsbildung im Parlament unwirksam geworden. Ueberhaupt deuten die Zeichen darauf hin, daß jener deutschnationalen Verband, der in der Regierung zwei Minister sitzen hat, das Geschäft der Regierung fortan mit den Christlichsozialen führen will.

Unter den slavischen Nationen geht dagegen die Konzentration der bürgerlichen Parteien flott vorwärts; wie in Oesterreich selbstverständlich, hüllt sie sich in ein nationales Gewand. So werden die bürgerlichen Tschechen, Polen, Ruthenen, die Südslaven ihre althergebrachten Differenzen „zurückstellen“ und sich innerhalb jeder Nation zu einem parlamentarischen Klub zusammenschließen. Das gleiche Wahlrecht entzieht eben den ideologischen Scheidungen den Boden und rückt das Klasseninteresse in den Vordergrund. Die Parteiverhältnisse sind dadurch einfacher — ob auch das Regieren, da die Mittel- und Bindeparteien fehlen, leichter, das muß erst die Erfahrung erweisen. Vorkünftig ist alles noch im Werden und Gestalten, und nur eine Partei steht gerade und aufrecht vor der politischen Welt: die internationale Sozialdemokratie. Es ist schon beschlossen, woran übrigens ernstlich nie gezweifelt werden konnte: daß sich sämtliche 87 gewählten sozialdemokratischen Abgeordneten in einem Verbande als die altbewährte einheitliche Partei zusammenschließen. Daneben wird selbstverständlich jeder Nation die Verbindung in einem Klub im Verbande gewährleistet, so daß der erprobte Grundlag der Sozialdemokratie in Oesterreich: freie Entwicklung der Nationen und unzerbrüchliche Einheit der Partei, sich auch im Parlamente realisieren wird. In dieser aus prinzipiellen Auffassungen resultierenden Geschlossenheit liegt vor allem die Bürgschaft, daß die Sozialdemokratie den sich vornehmlich gegen sie vorbereitenden nationalen Konzentrationen gewachsen sein wird.

## Reminiszenzen.

Die Berliner Polizei hat mit dem Studenten Joffel Leibow nicht viel Federlesens gemacht: sie überlieferte ihn ihren lieben Kollegen, den russischen Ehergen. Die bürgerliche Presse Deutschlands hatte — mit Ausnahme des „Berliner Tageblatts“ — gerade Nichtigeres zu tun, als sich um Joffel Leibowos Schicksal zu kümmern, und so wäre denn die neueste borussische Heldentat bald „vergeben und vergessen“, wenn nicht die sozialdemokratischen Blätter es für ihre Pflicht und Schuldigkeit hielten, gerade hier nicht locker zu lassen und das nur zu leicht eingelassene deutsche „Gemüt“ durch erneuten Hinweis auf diesen jüngsten Kulturstandal aus seiner behaglichen Frühlingsruhe emporkitzeln. Es ist nun eine Woche her, daß Leibowos Auslieferung so schmachvoll erfolgte, und inzwischen wird der arme gewiß schon in einem der bekannten Zarenverstecke „besorgt und aufgehoben“ sein.

Der Fall Leibow erinnert an den Fall des Studenten Kalajeff, der am 10. August 1902 von Myslowitz aus seiner lieben russischen „Heimats“-Behörde überliefert wurde. „Ferienhalber“ kam die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erst 7 Monate später dazu, an Sand der Fälle Kalajeff, Buchholz, Kugel die ganze Russo-Borussenmach aufzurollen. Diesmal liegen die Dinge wieder so — wie ja die deutsche Regierung überhaupt das „Bild“ hat, den Reichstag in Ferien zu setzen, wenn gerade hochwichtige Dinge zu verhandeln wären, bezw. auf eigene Faust hochwichtige Dinge zu unternehmen, wenn sich der Reichstag gerade „auf Urlaub“ befindet.

Jedenfalls ist es, da wir nun augenblicklich den Reichstag selber nicht zur Stelle haben, wohl angebracht, einige Episoden aus jenen Tagen vor dem Königsberger Prozeß ungläublichen Angedenkens unserer leider nur zu vergesslichen Zeit in Erinnerung zu rufen, einige Reminiszenzen herauszubekommen, die den Fall Leibow in eine für ihn passende Umrahmung rücken.

Waren am 19. und am 20. März 1903 die Sozialdemokraten im Reichstoge der verrückten Regierung schon scharf zu Leibe gegangen, so lag im darauffolgenden Jahre für die sozialdemokratische Fraktion doppelter und dreifacher Anlaß vor, die Herrschenden ins Gebet zu nehmen; denn im November 1903 waren die ersten Verhaftungen in Sachen „Geheimbündelei“ vorgenommen worden — die Präliminarien zu jenem Königsberger Prozeßmonstrum, das für einige Zeiten ein Schmutzstück im Panoptikum internationaler Justizblamagen bilden wird.

Es kam der 16. Januar 1904, der große Tag der sozialdemokratischen Interpellation, welche die Blide der Kulturwelt auf die Tatzsachen lenkte, daß mit Wissen und Willen der deutschen Reichsregierung russische Polizeispindel

in Deutschland ihr sauberes Wesen treiben und nicht nur russische, nein — auch deutsche Staatsangehörige unter Anwendung verbrecherischer Mittel belästigen dürfen! Wir verzichten darauf, hier die geharnischtesten Anklagen zu reproduzieren, welche der russophilen deutschen Regierung damals von sozialdemokratischen Rednern (Haase, Bebel) ins Antlig geschleudert wurden. Uns interessiert im Augenblick besonders, was bürgerliche Abgeordnete damals zu sagen wußten. Herr Schrader von der Freisinnigen Vereinigung forderte:

... daß der russische Polizeispindel aus Deutschland verschwinde, daß wir Leute nicht an die russische Justiz ausliefern, wo wir nicht notwendigerweise dazu verpflichtet sind. Wir sind es ja leider in viel zu großem Umfange, und ich glaube, wenn man einmal unser Strafgesetzbuch wieder prüfen würde, so würde man die Bestimmungen über die Verbrechen, die bei uns gegen einen fremden Staat begangen werden, einer gründlichen Prüfung zu unterziehen haben. ...

Vom Zentrum marschierte der Oberjurist Dr. Spahn auf, und er wußte gleichfalls manch kräftiges Sprüchlein herzubeten. So zum Beispiel:

... Wir sollten darüber einig sein, daß wir die feststehenden Kulturanschauungen auch dem Ausländer gegenüber zur Geltung zu bringen haben. ... Wir sind volkrechtig, und die Anarchisten vom Halse zu halten. Aber ich muß daran festhalten: maßgebend für die Beurteilung einer strafbaren Handlung muß das inländische Recht bleiben. ... Dem Manne, gegenüber, der vollständig in der Lage ist, über eigene Mittel zu verfügen, haben wir die Pflicht, ihn den Grenzort wählen zu lassen, wenn wir ihn aufweisen. ...

Die Kulturträgerin Sozialdemokratie hatte auf der ganzen Linie gefiegt — das bestätigte ihr mit süßlaurem Lächeln die gesamte bürgerliche Presse. Doch dieser Maulsch hielt nicht lange vor. Herr Schönstedt, dem greisen Justizministerlein, und Herrn v. Hammerstein, dem Manne mit dem Portefeuille des Innern, ward der „Muh“, im preussischen Abgeordnetenhaus „gutzumachen“, was ihr Kollege v. Nicht-hosen und dessen reaktionäre Helfershelfer — v. Normann, Sattler — im Reichstoge veräußert hatten. Sie drehten und deuteten, reckten und renkten die Wahrheit und die Tatzsachen so lange, bis den preussischen Dreiklassenabgeordneten die Augen übergingen und sie — an ihrer Spitze der „Demokrat“ Dejer und der „freisinnige“ Beltaohn — die Listeleien und Kniffeleien der beiden Minister mit Haut und Haaren schluckten. Und die ganze bürgerliche Presse — ausgenommen die „Frankfurter Zeitung“ — ging hin und tat desgleichen.

Die Woche darauf, am 27. und am 29. Februar 1904, stand auf der Tagesordnung des Reichstages der Etat in zweiter Beratung. Und wieder erlaubte sich die Sozialdemokratie, die Parlamentstribüne zum Tribunal zu machen vor das sie die deutsche Russenpolitik forderte, der sie durch folgenden Antrag gesetzliche Bahnen zu weisen versuchte:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichsfinanzler zu ersuchen, er möge baldigst einen Gesegentwurf zur einheitlichen Gestaltung des Fremdenrechts in Deutschland vorlegen, durch den insbesondere eine Zulassung von ausländischen Polizeientagen zur Ueberwachung der Ausländer im Deutschen Reiche verboten wird.

Genosse S a f e zerstückelte die Minister der Justiz und des Innern, und er enthüllte die Vorgänge des sich damals lieblich entzwickelnden Königsberger Prozesses. Schönstedt und Hammerstein „replizierten“, und nach Herrn v. Normann ergriff Dr. Müller-Weintingen zu einer kalt-marinen, links-rechten Rede das Wort, in die er immerhin den Sach einflößt:

Warum, meine Herren, diese Färsorge gerade für den absoluten Repräsentanten einer Regierung, welche die deutschen Ostprovinzen russifiziert hat, welche Finnland mit Verfassungbruch vergewaltigt hat, welche die Dischinerer Greuel noch heute ungefühnt gelassen hat?

Herr Spahn wiederholte, zum Teil wörtlich, was er am 16. Januar gesagt hatte, allerdings mit einer wesentlichen Einschränkung, die charakteristisch ist für das Zentrum im allgemeinen und diesen Zentrumsmann im besonderen. Spahn sagte:

Ich darf wohl auch noch weiter konstatieren, daß wir darüber einig sind, daß die Ausweisung uns nicht berechtigt, soweit nicht eine vertragliche Bestimmung mit einem anderen Staate vorliegt, die ausgewiesene Person, welche über ausreichende Mittel verfügt, um selbständig ihren Reisetweg wählen zu können, an die Grenze eines bestimmten Staates zu dirigieren, um sie dort in die Hände der Beamten dieses anderen Staates zu liefern. ...

Die oben durch Fettdruck hervorgehobene Einschränkung bedeutet eine Konzession an Rußland, die durch die vorhergehende Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus nur zum Teil erklärt werden kann, wie man ja bei den Herren vom Zentrum überhaupt den anderen Teil sich immer — denken muß.

Kurz und gut: der sozialdemokratische Antrag wurde glatt abgelehnt.

\*) Das traf auf Leibow im vollen Umfange zu! Die Red.

liberale „Baarung“ komplett machte. Was wird ihrem Schoße in der Winteression 1907/08 entspringen? —

Die Sozialdemokratie wird im Reichstage wiederum das Banner der internationalen Völker- und Menschenrechte aufpflanzen. Sie darf sich keinen Illusionen darüber hingeben, daß sie die Sache der Menschheit, der Menschlichkeit auf einer jener Höhe zu vertreten haben wird.

## Russische Spitzel an der Arbeit.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Vor einiger Zeit wurde von gut informierter Seite aus Ausland gemeldet, daß der Pogromorganisator Katschowsky wieder an die Spitze der politischen Polizei in Petersburg getreten ist. Er war durch Enthaltungen in der ersten Duma derartig kompromittiert worden, daß er für 11 Monate Ausland hatte verlassen müssen. Die verschiedenen für die russischen Revolutionäre scheinbar kompromittierenden Ereignisse in Paris, dann in Berlin und schließlich in Zürich werden mir von sehr einflussreicher russischer Seite als Ergebnisse erneuter Tätigkeit Katschowskys bezeichnet. Der angebliche russische Revolutionär Lau, der in Paris von einem Dmuidas herab schon ist in der russischen Kolonie dort gänzlich unbekannt. Er wurde als Jude ausgegeben, er spricht aber weder russisch noch Jargon. Daß die Aktion in Berlin absolut wie das Hornberger Schießen ausgegangen ist, steht fest. Nichts blieb übrig, als daß zwei Leute mit falschen Pässen betroffen worden sind, und auch bezüglich des falschen Passes der einen Persönlichkeit bin ich zuverlässig unterrichtet. Der junge Mann hatte seinen richtigen Paß verloren und, um Unannehmlichkeiten zu entgehen, war er leichtsinnig genug, sich eines falschen Passes zu bedienen, aber es liegt so wenig gegen ihn vor, daß er nunmehr den legitimen Paß von neuem erhalten dürfte. Und schließlich erscheint auch das Züricher Ereignis, der Ueberfall der Polizeiwache, der Bombenfund höchst eigenartig; bei dem Ueberfall ist niemand verletzt, und wie konnte man hoffen, einen Gefangenen befreien zu können, wenn man in stiller Nacht eine furchtbare Anallerei veranstaltet. Ich werde darauf aufmerksam gemacht, daß russische Spitzel zurzeit in rufschlechter Weise das zivilisierte Europa heimsuchen, allerlei terroristische Akte veranstalten, um damit einen doppelten Zweck zu erreichen. Es soll den russischen Flüchtlingen und zwar auch den harmlosen das Leben mehr und mehr erschwert werden und es soll eine Stimmung in Europa geschaffen werden, die neue Pogroms in Rußland — und sie sind in Vorbereitung — seitens der zivilisierten Welt milder beurteilen läßt.

Die Erklärung, die in dieser Pariser Zuschrift für die Ereignisse in Zürich und Paris gegeben wird, hat sich dem aufmerksamen Beobachter schon längst aufgedrängt. Daß der russischen Regierung, der Organisatorin der Judenmorde, derartige Prognostik im Ausland zuzutragen ist, darüber bedarf es keiner Auseinandersetzung. Das Wort vom „rollenden Kubel“ ist bekannt genug, und die Geschichte der auswärtigen russischen Politik weist viele Blätter auf, die davon erzählen, wie die Regierung des Jaren den Nord als bestes Mittel zur Förderung ihrer Pläne verwendet. Ein verborgenes Regiment, wie das an der Kiewa, wird unbedenklich auch die niederträchtigsten Mittel verwenden.

## Abgehaute Terroristulügen.

Zwei infame Lügen von angeblichem sozialdemokratischem Terrorismus, die fernerzeit die Ordnungspresse kräftig fruchtifiziert hat, sind vor Gericht unschädlich gemacht worden. Der erste Fall spielt in Chemnitz. Im Februar wachte die Scharfmacherpresse vor einem furchtbaren Erzeß in der Maschinenfabrik Kappel zu Chemnitz zu berichten. Und dieser Erzeß sollte die Frucht des sozialdemokratischen Terrorismus sein. Ein wahres Schauer-gemälde wurde entworfen. Da sollte von den Arbeitern mit zentnerschweren Gussstücken nach dem Werkmeister Müller geworfen worden sein, nur weil er sich als Gegner der Sozialdemokratie bei der Wahl betätigt habe. Wahr aber ist, daß in jener Fabrik seit dem Eintritt Müllers eine gewaltige Lohnbrüdererei eingeleitet hatte, die M. in der rigorosesten Weise durchführte. Daneben war sein ungemein scharfes Auftreten gegen die Arbeiter schuld, daß eine allgemeine Erbitterung gegen ihn Platz griff, die sich schließlich, da Versäumnisse bei der Direktion keinen Erfolg hatten, am 8. Februar Luft machte. Leider ging es dabei ohne scharfe Redensarten und einige Hiebe und Schläge für Müller nicht ab; das Maß der Verbitterung hatte eben einen Grad erreicht, daß die Besonnenheit verloren ging. Am Dienstag hatten sich wegen des Vorganges sechs Arbeiter vor dem Chemnitzer Landgericht zu verantworten. Die Anklage lautete auf Rötigung, Hausfriedensbruch und Körperverletzung; sie stützte sich auf die Angaben des Müller, die von den zahlreichen Zeugen nur in ganz geringem Maße bestätigt wurden. Auch die angeblichen Wurzgeschosse sind von Müller gesammelt und der Polizei und der Staatsanwaltschaft übergeben worden; es waren kleine Gucksteinchen, von denen nicht bewiesen wurde, daß sie alle als Wurzgeschosse benutzt wurden, auch wurde nicht festgestellt, wer sie geworfen hatte. Das Zeugnis des Arztes, den M. gleich nach dem Vorfall konsultiert hatte, lautete negativ. Der Arzt konnte nur sagen, daß er einen blauen Fleck und einige unbedeutende Hautabfärbungen gefunden habe. Aber die subjektiven Beschwerden Müllers machten das Gutachten des Arztes umfangreich, das fiel selbst dem Staatsanwalt auf, alles, alles, was für die Angeklagten belastend wirkte, war nur durch die Aussagen Müllers gedeckt, auf die sich ja auch die Anklage aufbaute. Aber nichts, nicht ein Wort brachte Müller von sozialdemokratischem Terrorismus vor! Und er hätte sicher das geringste mit schuldigem Befagen verwendet. Das Urteil war hart. Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Hege der Scharfmacherpresse nicht ohne Einfluß geblieben ist. Die Angeklagten wurden zu elf, sechs und zweimal je vier Monaten Gefängnis verurteilt, zwei wurden freigesprochen. Das Gericht hatte die Angaben Müllers für glaubhaft befunden, hinterlistiger Ueberfall wurde nicht als erwiesen erachtet.

Es handelt sich also, das hat die Gerichtsverhandlung in diesem Maße erwiesen, um einen bedauerlichen Erzeß erbitterter Arbeiter gegen einen Lohnbrüder und Antreiber — von sozialdemokratischem Terrorismus aber ist auch nicht eine Spur gefunden worden!

Die zweite Lüge hatte bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Brandenburg-Beschau eine bevorzugte Stelle im Agitationsmaterial unserer Gegner. In den Flugblättern und Zeitungs-Eingebands, in denen für die Wahl des Nationalliberalen Görde agitiert wurde, hat die angebliche Vergeßlichkeit eines „Arbeiter“-Richters durch organisierte Sozialdemokraten eine große Rolle gespielt. Was daran ist, das hat die Gerichtsverhandlung erwiesen, die am Montag vor dem Brandenburger Schwurgericht gegen sieben organisierte Weisgerber stattfand. Sie waren angeklagt, gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen zu haben; mittelbar, so behauptete die Anklage, hätten sie den Weisgerber Richter gezwungen, die Arbeit bei der Brandenburger Firma Wirth einzustellen. Die Beweis-aufnahme ergab folgenden Sachverhalt: Der Weisgerber Richter ist im Jahre 1902 als Arbeitsblüher bei der Firma Wirth eingetreten. Nachdem der Streik beendet waren die meisten der früheren Wirth-Gebäuden an ihre alten

Plätze zurück. Obwohl der Prinzipal den Richter mit noch einem Arbeitswilligen abgefunden von den anderen Arbeitern ließ, blieben Privatigkeiten nicht aus. Im Jahre 1903 verließen die Verbändler, M. für die Organisation zu gewinnen; M. lehnte jedoch ab. Mehrfach ließ er sich in höhnischer Weise über die Bestrebungen des Arbeiterverbandes aus und rief auch sonst durch sein Betragen Mergernis und Auseinandersetzungen hervor. Die Verbändler ließen sich das provokatorische Verhalten des Richters schließlich nicht länger gefallen, sie beschafften sich mehrfach mit dem Verhalten M. in ihren Versammlungen. M. muß davon Wind bekommen haben, denn eines Tages kam dieser wiederum zu dem Vorsitzenden der Zahlstelle des Arbeiterverbandes und ersuchte um seine Aufnahme. Diesmal lehnten die Verbändler die Aufnahme Richters ab, da sie seinen Charakter inzwischen genügend kennen gelernt hatten. Weil die Verhältnisse immer unangenehmer wurden, trat eines Tages eine Kommission an Herrn Wirth, dem natürlich die Vorkommnisse nicht verschwiegen blieben, heran, und setzte ihm auseinander, daß ein Zusammenarbeiten nicht mehr möglich sei. Herr Wirth suchte noch zu vermitteln, er machte den Vorschlag, Richter in die Organisation aufzunehmen, vielleicht anders er sich dann. Die Verbändler lehnten das aber dankend ab, sie reichten nunmehr ihre Kündigung ein, weil sie mit Richter nicht mehr zusammen tätig sein wollten. Herr Wirth überlegte sich die Sache und kam zu dem Entschluß, Richter zu entlassen. Nachdem das geschehen, nahmen die Verbändler die Kündigung zurück.

Der Anwaltschaft beantragte trotz dieser negativen Beweis-aufnahme Verurteilung und zwar gegen jeden der 7 Sünder 3 Tage Gefängnisstrafe. Genosse Reichsanwalt Heine als Verteidiger aber wies nach, daß der Vorlage jede Grundlage fehle. Wer habe versucht, jemand durch Drohungen oder Ehrverletzungen zu zwingen, an Verabredungen zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen? Drohungen und Ehrverletzungen seien überhaupt nicht nachgewiesen. Kein Zeuge, und selbst Richter nicht habe dergleichen bezeugen können. Die Verbändler hatten Richter lediglich links liegen lassen; das war ihr gutes Recht. Richter sei nicht gezwungen worden, dem Verband beizutreten und es sei kein Druck auf Wirth ausgeübt, M. zu entlassen. Das Verhalten Richters habe die Verbändler veranlaßt, ihre Kündigung einzuziehen. Herr Wirth habe dann vorgezogen, den schuldigen Richter zu entlassen.

Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an; es erkannte auf Freisprechung sämtlicher Angeklagten. In der Urteilsbegründung wurde anerkannt, daß das Vorgehen der organisierten Arbeiter durch das Verhalten Richters diktiert gewesen sei. Es seien keinerlei Drohungen oder Ehrverletzungen erwiesen, der § 153 der Gewerbeordnung also auch nicht übertreten. Das Gericht erkannte ausdrücklich an, daß die Angeklagten, die organisierten Arbeiter, sich eines angemessenen Betragens befleißigt hätten. So hat also auch hier die gerichtliche Feststellung eine Terroristulüge gerichtet.

## Politische Ueberlicht.

Berlin, den 7. Juni 1907.

### Aufräumungsarbeiten.

Das preussische Abgeordnetenhaus war heute angesichts der nahenden Ferien einigermassen in Friedensstimmung. Es nahm die Vorlage über den erweiterten Grunderwerb am Rhein-Weferkanal nach den Beschlüssen seiner Kommission und die Vergesegnovelle, die das Staatsmonopol für die Rütungen bringt, nach den Beschlüssen des Herrenhauses nach kurzer Debatte an. Der Nachtragsetat von 12 Millionen zur Gewährung von Teuerungszulagen an die unteren und mittleren Beamten fand sogar einstimmige Annahme. Aber die Debatte hierüber lieferte doch noch manches nette Moment. Der Antisemit Berner erinnerte angesichts der Tatsache, daß man für die mittleren Beamten nur 5 Millionen statt der notwendigen 18 Millionen angeblich aus Mangel an Geld bewilligt hat, daran, daß man bei der Erhöhung der Ministergehälter um 12000 Mark pro Mann nicht erst nach den Deckungsmitteln gefragt habe. Bei der Mehrheit herrschte die größte Entrüstung darüber, daß solche Gedanken nicht nur im preussischen Volke gedacht werden, sondern sogar im Dreiklassenparlament ausgesprochen werden dürfen. Dann charakterisierte der freisinnige Abg. Gylling sehr nett den Bewilligungseifer der Konservativen und des Zentrums für die Beamten im Reich durch die Darstellung ihrer Ansaufgier in Preußen, wo sie sich jeden Pfennig erst von den Petitionsfürmern der Staatsproletarier abzwängen lassen. Bei den Reichstagswahlen brauchen allerdings die „staatsverhaltenden“ Parteien die Beamtenstimmen, auf die sie unter dem Dreiklassenwahlrecht pfeifen. — Bei einem Gehege beharrte das Abgeordnetenhaus auf seinem Willen. In den Jagdrechtsfragen wies es die Abänderungsbeschlüsse des Herrenhauses zurück und stellte seine frühere Fassung des Gesetzes wieder her. In dieser „Lebensfrage“ bleiben die Junker fest.

Auf der Tagesordnung der morgigen letzten Sitzung stehen Petitionen und kleinere Initiativanträge. —

### Der freisinnige Wahlrechtsantrag.

In einem „Krähwinkler Landsturm“ überschriebenen Artikel beschäftigt sich das „Berl. Tagebl.“ mit den Leistungen des preussischen Landtages, der bekanntlich morgen geschlossen werden soll. Das Blatt findet begrifflicherweise das Ergebnis allzu dürftig und fragt mit Recht, weshalb denn eigentlich nach dem Pfingstfeste der Landtag noch zu einer Nachsitzung zusammengetreten wäre. Die Frage der Teuerungszulage hätte er, wenn er sich nach dem Reichstag gerichtet hätte, auch vor dem Pfingstfest erledigen können. Doch dieser Spott über die Leistungsfähigkeit des preussischen Parlaments föhlt er nicht nebenbei im Vergleich zu der scharfen Kritik, die das freisinnige Blatt an dem Mangel der drei freisinnigen Fraktionen in der Wahlrechtsfrage übt. Der Beschluß dieser Gruppen, nicht auf die Beratung ihres die Einführung des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen fordernden Wahlrechtsantrages zu bestehen, um nicht die rechte Seite des Klodes zu reizen, geht selbst der Verschwiegenheit des Moskischen Blattes wider den Strich.

Diese Erörterung (des Antrages), schreibt es, war schon deshalb nötig, weil mit Rücksicht auf den Schluß des Reichstages vor Pfingsten der freisinnige Antrag auf eine Neueinstellung der Reichstagswahlkreise auf den Spätherbst verschoben worden war. Der Landtag kam trotzdem noch einmal nach Pfingsten zusammen, diese Rücksicht auf eine schnelle Beendigung der Geschäfte kam also nicht in Betracht. — Aber auch aus prinzipiellen Rücksichten hätte er zur Erörterung gestellt werden müssen. Denn kein Kundiger wird daran zweifeln, daß der konservativ-liberale Block höchstens im Reichstage ein Scheinabstimmungsstück, während man im preussischen Abgeordnetenhaus nicht einmal den Versuch gemacht hat, sich die Parungsgedanken des Fürsten Bülow anzueignen. Die preussischen Konservativen gingen konsequent mit dem Zentrum, zunächst in Schulfragen, zuletzt auch noch in Sachen der Teuerungszulage für die notleidenden Beamten. Die linksliberalen Parteien wurden überall geschnitten ausgeschaltet.

Da hätte es nahe gelegen, daß aus den liberalen Parteien heraus eine Klärung dieser verworrenen und für den Liberalismus sehr peinlichen Situation gefordert

worden wäre. Man scheint auch in diesen Kreisen zuerst ein solches Bedürfnis sehr stark empfunden zu haben. Es wurde noch vor wenigen Tagen als selbstverständlich hingestellt, daß der Landtag nicht auseinandergehen werde, ehe er nicht zum liberalen Wahlrechtsantrag Stellung genommen habe. Diese Forderung hatte um so größere Berechtigung, als auch aus dem Zentrum ein von 81 Abgeordneten unterschriebener Antrag auf die Einführung des Reichstagswahlrechts in Preußen vorlag. Der Antrag mochte den reaktionären Parteien, zu denen in diesem Falle auch die Nationalliberalen gehören, noch so un bequem sein, aber er konnte nicht überhört und nicht übersehen werden. Auch die Regierung hätte in irgend einer Weise dazu Stellung nehmen müssen.

Die Gelegenheit war günstig; sie ist verpaßt worden, wie alle übrigen Gelegenheiten dieses Frühjahres verpaßt worden sind, die eine Klärung der politischen Lage herbeiführen konnten. Die liberalen Parteien haben größere Rücksicht auf das Ruhebedürfnis der konserverativen Abgeordneten genommen, die schon mit einem Zuge im Coupé sitzen, um nach Hause zu fahren, als auf die Bedürfnisse der Wähler. Sie wollen eine gelegeneren Zeit abwarten, um mit ihrer Wahlrechtsforderung vor den preussischen Landtag zu treten. Ob diese Zeit überhaupt kommt, und wann sie kommt, das weiß niemand.

Es ist eben gekommen, wie es kommen mußte. Der stärkere Gefährte in dem schönen liberal-konserverativen Paarungsverhältnis, der Konserveratismus, hat längst dem Freisinn die Rolle des schwächeren weiblichen Teils zugegeben, der sich demüthig den Launen und Wünschen des robusteren männlichen Lagergenossen unterordnet, nur um vor der Welt äußerlich das Paarungsverhältnis aufrechtzuerhalten und nicht vor dieser als weggewarfene feile Konkubine zu erscheinen. —

### Zweierlei Recht.

Seit einer Reihe von Tagen wird in der gesamten Presse gegen hochstehende Personen der Vorwurf erhoben gegen den § 175 des Strafgesetzes verstoßen zu haben. Der Vorwurf hat bei sehr „maßgebenden“ Leuten unbedingten Glauben gefunden, denn er hat zu verschiedenen Entlassungen geführt. Nur eine Person hört nichts oder glaubt nichts. Der Herr Staatsanwalt scheint nicht daran zu denken, daß es seine Pflicht wäre, der Sache auf den Grund zu gehen. Er glaubt die Beschuldigungen nicht oder will sie nicht glauben. Für die letztere Annahme spricht der Umstand, daß auch die Erhebung der Klage des Grafen Kuno v. Kollke gegen Herrn Harden abgelehnt worden ist. Dies wäre wohl nicht der Fall gewesen, wenn man der Beurteilung Harden sicher gewesen wäre. Daß die Persönlichkeiten, die in Betracht kommen, einen hohen Rang einnehmen, kann doch im Lande der Rechtsgleichheit und der gesicherten Rechtsgarantien keinen Grund bilden, dem Recht nicht seinen Lauf zu lassen. Ebensowenig der Umstand, daß der Prozeß anderen noch höher stehenden Personen unangenehm sein könnte. Wann hätte je in Preußen Kabinettsjustiz gewaltet? Warum also bleibt der Staatsanwalt so untätig? Freilich es handelt sich nicht um Arbeiter, die in berechtigtem Zorn einen Streikbrecher einen Lumpen genannt haben. Aber kann dies in Deutschland eine Rolle spielen?

Wir möchten nicht mißverstanden werden. Wir haben wiederholt die Abschaffung des § 175 befürwortet. Wir sind dafür gerade von den Kreisen am meisten angegriffen worden, die gesellschaftlich und politisch denen nahesteht, um deren Vergehen es sich jetzt handelt. Aber der § 175 besteht heute noch zu Recht. Unsere Gegnerlichkeit gegen diesen Paragraphen dürfte ja für die Staatsanwaltschaft kaum ins Gewicht fallen. Wir sind auch Gegner des Majestätsbeleidigungsparagraphen, und trotzdem sagt die Staatsanwaltschaft fortwährend arme Teufel an, die eine unvorsichtige Äußerung gemacht haben.

Im Ernste, es hätte an dem Wilde der deutschen Herrschaft, das uns der längste Stempel enthält, ein wesentlicher Zug gefehlt, wenn auf ihm nicht zugleich die Frage der Klassenjustiz mit sichtbar geworden wäre. —

### Brüsseler Juderkonvention.

In Brüssel ist gestern die permanente internationale Judentkommission unter Vorsitz des Direktors der Handelsabteilung im Ministerium für auswärtige Angelegenheiten zusammengetreten. Die Tagung wird, wie die Agence Havas-Reuters meldet, besondere Bedeutung gewinnen durch die Anträge, die von den englischen Vertretern voraussichtlich gestellt werden, da die englische Regierung nicht eine Aufrechterhaltung der Konvention, wie sie vor vier Jahren abgeschlossen wurde, wünscht und die englischen Vertreter den Auftrag haben, Abänderungen vorzuschlagen. Als aus der gestrigen Anknüpfung des englischen Staatssekretärs des Auswärtigen, Grey, im Unterhause hervorgeht, fordert England, daß für sein Gebiet jene Bestimmungen der Konvention außer Kraft gesetzt werden, die verlangen, daß Prämienzulager unter Strafe gestellt wird. Wenn die Regierungen der beteiligten Staaten, erklärte Grey, der Meinung sein sollten, daß den englischen Ansichten nur durch den Austritt Englands von der Konvention entprochen werden könne, so würde die englische Regierung bereit sein, zu dem nächsten möglichen Zeitpunkt die erforderliche Kündigung auszusprechen. Die englische Regierung habe aber wissen lassen, daß, wenn die übrigen kontrahierenden Staaten es vorziehen sollten, England durch ein Zusatzprotokoll von der Verpflichtung, die Strafbestimmungen durchzuführen, zu entbinden, eine Kündigung hierdurch für England unnötig werden würde. —

### Auch ein Unsehbarkeitsdogmatiker.

Einer unserer Reichstagsabgeordneten schreibt uns: Der im gestrigen „Vorwärts“ berichtete Vorgang zwischen Windthorst und Professor v. Schulte über das Unsehbarkeitsdogma ruft mir einen ähnlichen Vorgang ins Gedächtnis. In den siebziger Jahren war der alte Westermeyer, Stadtpfarrer bei St. Peter, Vertreter für München II im Reichstag. Westermeyer war ein alter jovialer Herr, der kein Blatt vor den Mund nahm. Eines Abends sitzt er mit mehreren Bekannten bei einem Glase Bier und kommt das Gespräch ebenfalls auf das Unsehbarkeitsdogma und die oppositionelle Haltung, die damals Döllinger gegen dasselbe einnahm. Man stritt lebhaft hin und her, als plötzlich Westermeyer mit den Worten heraussprang und damit dem Streit ein Ende machte: Glaubst du alte Esel (Döllinger) an so vielen Unsinn, brauchst du ihm auf den einen mehr auch nicht anzukommen. . . .

Der Vorgang wurde damals im Reichstage viel besprochen und belacht. —

### Ein Nachspiel zu den Hurrawahlen.

Schweidnitz, 7. Juni. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Wegen angeblicher Aufreizung zu Gewalttätigkeiten, die er in der Wahlbewegung verübt haben soll, wurde heute Genosse Paul Lungwig aus Niedersalzbrunn von der hiesigen Strafkammer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt. Vom selben Gericht erhielt Genosse Frisch vom Textilarbeiterverbande wegen Verleumdung des Kommerzienrats Zwanziger 300 Mark Geldstrafe. —

## Zum Peters-Prozess der „Münchener Post“.

Die „Münchener Post“ veröffentlicht folgenden Aufruf: Fortgesetzt erhalten wir Zuschriften von Leuten, die uns Material für die bevorstehende Verhandlung anbieten. Darunter befinden sich bedauerlicherweise auch manche, die mit ihrem Namen nicht hervortreten wollen. Da es Pflicht jedes anständigen Denkers ist, sein Teil zur Ermittlung der Wahrheit beizutragen und sich dabei nicht in Anonymität zu hüllen, erlaube ich hiermit alle jene, die etwas wissen über das Verhalten des Dr. Karl Peters in Afrika und — nach seiner Rückkehr — in Berlin, namentlich über sein Schreiben im Tiergartenviertel, sich dem Unterzeichneten oder seinem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Verheyen, München, Neuhauserstraße 83, zu melden.

Maxim Gruber,

Redakteur der „Münchener Post“, München, Briefsch. II.

Neue Mannschaften für die Kolonien. Von Bremerhaven ist gestern ein Abfahrungsboot mit 14 Offizieren, 27 Unteroffizieren und 498 Mann mit dem Lloyd-Dampfer „Willehad“ nach Ostafrika in See gegangen. —

## Schweiz.

### Der Große Rat von Basel gegen die Arbeiter.

Basel, 7. Juni. Der Große Rat hat die sozialdemokratische Initiative auf Aufhebung des Polizei-Strafgesetzesparagrafen, der Streikvergehen mit Gefängnis bestraft, als unerheblich erklärt, empfiehlt somit dem Volke die Bewerfung.

## Frankreich.

### Das „radikale“ Blutregiment.

Paris, 7. Juni. In der Schwurgerichtsverhandlung gegen die Mitglieder des Arbeitsbundes, Bousquet und Levy, forderten die Verteidiger die Freisprechung im Namen der Gedankenfreiheit. Der Gerichtshof verurteilte die Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und 100 Frank Geldstrafe.

## Der Seemannsstreik.

Paris, 6. Juni. (Fig. Ver.)

Der Streik der Seeleute scheint seinem Ende zuzugehen. Jedenfalls ist er stark desorganisiert. In Marseille hat die Jurisdiktion der entlassenen Schiffsoffiziere der Compagnie Transatlantique die Streikenden zur Wiederaufnahme der Arbeit gezwungen. Auch in Havre hat heute die Arbeit wieder begonnen. Dagegen ist in Lorient, Nantes, Gênes und Bordeaux die Fortsetzung des Ausstandes beschlossen worden. Man kann es heute aussprechen, daß die Streikleitung von Marseille ihrer Aufgabe nicht gewachsen war. Entweder durfte der Ausstand im letzten Augenblick nicht unternommen werden oder er war nicht nach den Drohungen der Regierung wieder aufzugeben, ja, da die Solidarität aller Häfen eine Wirkung zu versprechen schien. In Marseille hat sich das Streikkomitee der Seeleute jetzt sogar zu einer Resolution bewegen lassen, worin es auspricht, daß die Wahlinteressen gewisser Deputierten die öffentliche Meinung in Bezug auf ein Projekt, das ganz und gar unabweisbar war, irregeführt hätten. Die Seemannsversammlung sei bereit, 400 Frank als Rentenminimum anzunehmen und überlasse dem Organisationskomitee, weitere Verbesserungen anzufordern. Man muß schon sagen, daß diese Resolution, die im übrigen die Bourgeoisiepresse die Verteidiger von Arbeiterinteressen als egoistische Verführer hinstellt, selbstbewußter Proletarier wenig würdig ist. Wenn der Pariser Gewerkschaftsführer der Siegfriedsche Entwurf mit seinem Minimum von 600 Fr. so „undurchführbar“ scheint, hätten sie nicht erst den Streik zu seiner Durchführung beschließen dürfen, um hinterher seine parlamentarischen Befürworter der Wahlkampagne zu verdächtigen. Der Ausfall gegen die Wahlinteressen gewisser Deputierter soll wohl revolutionären Syndikalismus markieren, in Wahrheit steht eine traurige Fehlschätzung dahinter. Die Seeleute werden wohl bald darauf kommen, daß ein Organisationskomitee, das einer solchen Stimmung Vorschub leistet, nicht fähig ist, auch beschwerdere Verbesserungen durchzuführen. —

Zusammenstoß mit Gendarmen. Aus Arcas wird gemeldet: Aus Anlaß des Ausstandes der Arbeiter der Papierfabriken, der Steinbrüche und der Metallfabriken im Anale kam es in Bizernes zu einem Zusammenstoß zwischen Ausständigen und Gendarmerie. Ein Gendarmerechtsmeister stürzte vom Pferde und erlitt ernste Verletzungen.

## England.

Die Situation in Indien besprach am Donnerstag der Staatssekretär von Indien, Morley, im Unterhause. Das indische Budget zeige — so behauptete er —, daß die finanzielle Lage Indiens gesund sei; das Budget sei ein Budget des Gedeihens. Die Welt jedoch werfe einen schwarzen Schatten auf die Dinge in Indien. Was die Unruhen im Pendschab angehe, so sei die Bewegung keine agrarische, sondern eine politische. Der Redner schilderte die von den Agitatoren, die verhaftet worden seien, in der Bewegung gespielte Rolle und sagte: Bei dieser Agitation sei den Sitth und den pensionierten Militärs besondere Aufmerksamkeit geschenkt und besondere Rücksicht darauf verwendet worden, ihre Sympathie zu gewinnen und ihre Stimmung zu beeinflussen. So habe man z. B. den Sitth gesagt, daß Dank ihrer Hilfe die Engländer in früheren Zeiten festen Fuß im Lande hätten fassen können. Ein besonders niedriges Agitationsmittel sei die Aufweckung der Frage gewesen, wie es komme, daß die Welt die Indier und nicht die Europäer angreife, sowie die Behauptung, daß die Regierung über geheime Mittel verfüge, um die Pest durch Vergiftung der Brunnen auszubreiten.

Der Staatssekretär „rechtfertigte“ sodann die Deportation der Agitatoren ohne vorhergehenden Prozess mit dem Hinweis darauf, daß erfahrungsgemäß ein Prozess gegen diese Leute, die sich dann als Märtyrer für das Wohl ihres Landes aufspielten, die öffentliche Aufmerksamkeit erzeuge. — Es sei für die Regierung ein Unglück, angeht die Gefahr eines Aufflommens, von einer Waffe, die sie besitze, keinen Gebrauch zu machen. Er habe keinerlei Entschuldigungsgründe für seine Handlungsweise anzuführen. (Lebhafte Weisung.) Er würde sich ein strafrechtliches Verschulden zu schulden haben kommen lassen, wenn er widerstrebt hätte, zur Anwendung des Gesetzes zu schreiten, das die Deportation gestatte. Er sei der Ansicht, die niedere Bevölkerung Indiens sei auf Seiten der Regierung; er wolle damit nicht sagen, daß die englische Regierung bei ihr beliebt sei, aber sie sei sehr klar, daß ihr Interesse mit Gerechtigkeit und Ordnung verknüpft sei, welche von der Regierung aufrecht erhalten und welche verschwinden würden, wenn die Regierung sich weigere, eine Verbesserung in der Verwaltung Indiens zu diskutieren.

Morley führte weiter aus, die Regierung erwidere gerade die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung darüber: auf welche Weise der Nachteil einer übermäßigen Zentralisation entgegengegearbeitet werden könne. Auf Grund von lokalen, sporadisch auftretenden Unruhen von der Reform abzulassen, wäre etwas tief Beschämendes und würde als Anzeichen von Furcht ausgelegt werden. Furcht sei stets für eine Regierung etwas Unwürdiges, aber bei der Regierung von Indien würde Furcht nicht nur unwürdig, sondern äußerst gefährlich sein. Unter den Vorschlägen, die von der Reichsregierung und der indischen Regierung erwogen würden, befände sich die Errichtung einer beratenden Versammlung von Notabeln, eine Erweiterung des Gesetzgebenden Rates und die Berufung von ein oder zwei Eingeborenen in den Rat von Indien.

Morley schloß seine Ausführungen, indem er sagte, er werde keine dogmatischen Zusicherungen geben bezüglich der Weisungen der Zukunft in Indien, doch gebe er der Ueberzeugung Ausdruck,

daß die britische Herrschaft in Indien fortbauern solle, daß sie fortbauern müsse und fortbauern werde. Verschiedene Leute hätten gesagt, England würde flug tun, Indien aufzugeben, daß die Eingeborenen besser regieren würden als England, aber jeder, der sich die Anarchie und das blutige Chaos, das aus solchem Zurückziehen folgen würde, ausmale, würde von dieser Ansicht abgehen.

Im Laufe seiner Rede kam Morley auch auf die Frage der militärischen Ausgaben zu sprechen und verteidigte das militärische Programm der indischen Regierung.

Aus dieser Rede geht unzweideutig hervor, daß es der englischen Regierung einfach am guten Willen fehlt, gewisse freirechtliche Versuche, die sich in anderen englischen Kolonien aufs beste bewährt haben, auch auf Indien auszudehnen.

## Schweden.

### Schwedische Polizei im Dienste des Zaren.

Die Polizeikommission, denen reisende Russen hier in Schweden und vor allem in Stockholm ausgesetzt sind, werden früher oder später zu tatsächlichen Unannehmlichkeiten für unser Land führen und haben bereits in bedenklicher Weise unseren alten Ruhm als einer relativ freien und Fremden gegenüber gastfreien Nation kompromittiert.

So schreibt „Sozial-Demokraten“ und berichtet dann, wie ein junger russischer Arzt, der nach Stockholm gekommen war, um hier einige medizinische und hygienische Institute kennen zu lernen, von der Polizei belästigt wurde. Er wurde nach dem Polizeigebäude beordert, hier in ein Zimmer mit der Aufschrift „Detektiven“ geführt und dann über alle möglichen Dinge ausgefragt: Welcher politischen Partei er angehöre? Ob er für irgend ein Verbrechen verurteilt worden sei? — Wieviel Geld, und ob er Waffen habe? — Warum er nach Stockholm gekommen sei? usw. Schließlich wurde ihm gesagt, er müsse sich alle acht Tage auf der Polizei melden und, wenn er Stockholm verlasse, mitteilen, wann und wohin er reise. Auf seine Frage, was geschehen werde, wenn er dies nicht tue, wurde ihm geantwortet: „Dann werden wir jedenfalls darauf achten, wohin Sie reisen.“

Dieser Mann, der kein aktiver Politiker ist und dessen Legitimationspapiere durchaus in Ordnung sind, ist also tatsächlich unter Polizeiaufsicht gestellt in dem „freien“ Schweden. „Herrliches Land, Stammtort der Freiheit auf Erden“, so beginnt eines der vielen (schwedischen) Nationallieder, die in hohen Worten Freiheit und Vaterland preisen. —

## Amerika.

### Der Hauptzeuge Drögard.

Der Mann, auf dessen Aussagen die Anklage gegen Haywood und Genossen hauptsächlich basiert, befindet sich seit 15 Monaten in Gefangenschaft; er hat das Geständnis abgelegt, daß er schon mehr als zwanzig Menschen umgebracht habe! — Es ist sehr wahrscheinlich, daß dieser Harry Drögard auf einen Warden des Gouverneurs von Idaho rechnet, wenn er die von ihm verlangten Dienste als Belohnungszeuge verständnisvoll leistet. Gouverneur Gooding hat ihn ja sogar mehrmals im Gefängnis besucht und ihm Vertreter der Presse vorgestellt, denen Drögard mitteilte, daß er ein — frommer Mann geworden sei und seine vielen Sünden bereue, daß er „aus eigenem Antriebe“ ein volles Geständnis ablegen und gegen Haywood und Genossen zeugen wolle und — daß es ihm im Gefängnis besser gehe als jemals zuvor in seinem Leben!!

Der Gouverneur hat offenbar die Absicht, auch durch die Lancierung dieser und ähnlicher Mitteilungen das Gerichtsverfahren gegen die Angeklagten zu beeinflussen.

## Aus der Partei.

Aus dem Bureau des Parteivorstandes geht uns folgende Zuschrift zur Veröffentlichung zu:

Die Nr. 66 der „Mitteilungen des Vereins Arbeiterpresse“ enthält einen Artikel gegen den Parteivorstand, der zu einer Entgegnung herausfordert. Der betreffende Artikel befaßt sich mit der auf der Konferenz der Redakteure der Parteipresse vorgeschlagenen Errichtung einer Nachrichten- und Informationsstelle für die Parteipresse, die der Parteivorstand zusagte. Da dieses bisher nicht geschah, ergeht sich der Verfasser jenes Artikels in ungehobelten und halslosen Angriffen, die zeigen, daß er von dem Stande der Sache nicht die geringste Kenntnis hat und ins Blaue hinein kritisiert.

Es sei deshalb festgesetzt, daß den Parteivorstand keine Schuld trifft, wenn die Angelegenheit noch nicht ihren Abschluß gefunden hat. Am Schlusse jener Konferenz erklärten mehrere Redakteure sich bereit, dem Parteivorstand einen Plan vorzulegen, nachdem sie sich mit einer Anzahl Kollegen über denselben verständigt hätten. Der Parteivorstand ging auf diesen Vorschlag ein. Ein Entwurf für den Plan ist auch ausgearbeitet worden und er soll auch einer Anzahl Redakteure zur Vegetation vorgelegt worden sein. Auf wiederholtes Ansuchen des Parteivorstandes, ihm endlich den Plan einzurichten, stellte sich aber heraus, daß dieses nicht geschehen konnte, weil der Genosse der die Redaktion des Plans übernommen hatte, leider von jüngerer Krankheit befallen wurde und bis jetzt noch nicht wieder arbeitsfähig geworden ist.

Alles was also der Verfasser des erwähnten Artikels in den „Mitteilungen“ des Vereins „Arbeiterpresse“ über diese Angelegenheit schreibt, ist von A. bis Z. dessen eigene Erfindung. Es hätte sich wohl gekümmert, daß er, ehe er seine grundlosen Angriffe und Verdächtigungen machte, sich erst an Ort und Stelle erkundigte, wie die Angelegenheit stehe. Auskunft wäre ihm bereitwillig erteilt worden.

Ueber die Drohungen, die der Artikelschreiber gegen den Parteivorstand erhebt, gehen wir nachsichtig hinweg. Er scheint bei der Abfassung seines Artikels die Tragweite seiner Anklagen nicht übersehen zu haben. Wir wissen auch, daß der Verfasser weder von dem Verein Arbeiterpresse noch von dessen Vorstand zu seinen Anklagen autorisiert war, obgleich er sich den Anschein dazu gibt.

Ein Reinsfall von Konsumvereinsgegnern. Der Vorstand des Stettiner Rabattspartners hatte gegen den Genossen Quessel vom „Vollknoten“ zu Stettin eine Privatklage angestrengt, weil er sich durch mehrere „Vollknoten“-Artikel beleidigt fühlte. Darin hieß es u. a.: „Wer bei Rabattspartnern kauft, betrügt sich selbst.“ Ferner wurde dem Rabattspartnern, der seit einigen Jahren einen heißen Kampf gegen den Konsumverein führt, nachgesagt, daß er verkommen derisch agiere. Der Beklagte erbrachte für diese Behauptung den Wahrheitsbeweis; im übrigen wurde ihm der Schw. des § 189 zugestanden und er infolgedessen freigesprochen. Mit betrübten Mienen mußten die siegesberaubten Antisemiten abgehen.

## Der Krieg im Baugewerbe.

### Ein Rotschrei!

Der Deutsche Arbeiterbund für das Baugewerbe verfenet an die Vorstände der Arbeitgeberverbände ein Zirkular, in dem neue Arbeitseinstellungen in Würzburg, Landsherg, Schmiedel, Scharwinth, Offenburg in Bayern, Mühlhausen i. G., Benzig, Kolmar, Großenhain, Neukirch, Würzen und Plonheim angezeigt werden. Den Schluß des Zirkulars bildet ein Rotschrei in Fettdruck. Er lautet also:

Die Kollegen aus den Streikarten bitten dringend um Unterstützung aller Baugewerbetreibenden dahingehend, die ausständigen Leute nicht zu beschäftigen, aber falls dies bereits geschehen sein sollte, sie schleunigst wieder zu entlassen.

Leider wird diesem berechtigten Verlangen vielfach nicht entsprochen, so daß dadurch die Kollegen der verschiedenen Streikorte in arge Bedrängnis geraten sind. Diese Tatsache ist um so bedauerlicher, weil durch die Nichtachtung dieses Grundsatzes alle Bemühungen des Bundesvorstandes auf Einschränkung und schnelle Beendigung der Arbeitseinstellungen sowie der Zwang der Arbeitgeberverbände sehr ungünstig beeinflusst werden.

Wir müssen deshalb notgedrungen den Kollegen im Baugewerbe immer wieder in Erinnerung bringen, das Solidaritätsgefühl in dieser Beziehung lebhafter zu betätigen und weilen wiederum darauf hin, daß die Arbeitseinstellungen nur zu Gunsten der Arbeitgeber durchgeführt werden können, wenn die Streikenden und Ausgesperrten nicht anderweitig beschäftigt werden. Die Vorstände der baugewerblichen Organisationen und die Bauarbeiter werden deshalb dringend gebeten, auf die genaueste Beachtung des bezügl. Beschlusses des Bundes und des Innungsverbandes D. V. hinzuwirken zu wollen.

Die Herren scheinen ja sehr nett im Druke zu sein, was sie natürlich nicht hindert, ihre verführten Kollegen in Berlin mit bombastischen Redensarten Mut zuzusprechen. In einem zweiten an die Mitglieder des Verbandes der Baugeschäfte versandten Schreiben lassen sich die Unterzeichner des obigen Gültig- und Rotschreies wie folgt vernehmen:

„Es ist nicht im entferntesten davon die Rede, daß die Arbeitgeber in irgendeiner Hinsicht einlenken wollen. Weil der Kampf gegen die Verkürzung der Arbeitszeit in jeder Beziehung für die Arbeitgeber sehr günstig steht, hat die Verbandsleitung die Einstellung von Arbeitswilligen für einen späteren Termin in Aussicht genommen, in der festen Ueberzeugung, mit diesen Maßnahmen den schärfsten Schlag gegen die Organisationen der Arbeitnehmer zu führen. Die Wirksamkeit dieser Maßnahmen beweisen die Ausführungen der Organisationsvorstände in den letzten Arbeiterversammlungen. Hier wurde erklärt, daß die Einstellung von Arbeitswilligen ein sehr ernsthaft zu nehmendes Kampfmittel darstelle, ja, daß mit der Einstellung solcher Leute der eigentliche Kampf erst recht beginnen werde. Der Termin, an dem Arbeitswillige eingestellt werden sollen, ist überhaupt noch nicht festgesetzt und bleibt der Beschlussfassung der nächsten Generalversammlung vorbehalten. Bis dahin bleibt die Aussperrung in vollem Umfange bestehen. Unter keinen Umständen dürfen Leute eingestellt werden, auch dann nicht, wenn sie zu den alten Bedingungen arbeiten wollen. Jeder Bauunternehmer hat mit allen erlaubten Mitteln dahin zu wirken, daß solche Arbeitgeber, die ihren Standesgenossen auf das schlimmste in den Rücken gefallen sind und die Arbeitsbedingungen anerkannt haben, unverzüglich ihre Unterschrift wieder zurückziehen.“

Also einmal „in arger Bedrängnis“ und dann wieder „sehr günstig“. Bei solcher Bewandtheit wird die Sache schon — schief gehen.

Alle „guten Dinger“ sind drei, dachten die kommandierenden Generale und sie debattieren schleunigst ihren Aufruf an die Berliner Bauherren. Heute (Sonnabend) abend sollen die Dittsch-Säulen mit folgender Bekanntmachung tapeziert werden:

„Arbeitswillige Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter, die bereit sind, zu den alten Lohnsätzen und bei neunstündiger Arbeitszeit demnächst in Arbeit zu treten, können sich persönlich in unserem Arbeitsnachweis, Weuhstr. 1, sowie bei ihren früheren Arbeitgebern oder nur schriftlich in dem Geschäftsante des Verbandes, Helgoländer Ufer 1, melden. Der genaue Termin des Arbeitsanfangs wird später bekannt gegeben.“

Mit dieser Bekanntmachung sollen natürlich nur die mit der Aussperrung unzufriedenen Unternehmer lach gehalten werden; auf irgend einen Erfolg rechnen die Herren selbst nicht.

Die Sektion der Dedendbranche vom Zentralverband der baugewerblichen Hilfsarbeiter versammelte sich am Donnerstagabend in Wohlfaßts Lokal, Rosenthalerstraße. Die Stellungnahme zu dem gegenwärtigen Kampfe im Baugewerbe stand zur Beratung. Der Referent Marx gab einen kurzen Überblick über die Entwicklung des Kampfes, durch den jetzt die Arbeiter der Dedendbranche stark in Mitleidenschaft gezogen worden sind. Dem Zweigvereinsvorstand wurden manche Vorwürfe gemacht, daß er nicht genügend für Klärung der Situation, so weit die Dedendbranche in Betracht kommt, Sorge getragen habe. Viele Mitglieder sind der Meinung, es bestehe ein Streik in der Dedendbranche und die Forderung, eine Erhöhung des Stundenlohnes von 65 auf 75 Pf., sei eingereicht worden. Marx verlangte, daß Klarheit geschaffen werde. Vertreter vom Zweigvereinsvorstand, Dräger, Ribow und andere wiesen die erhobenen Vorwürfe zurück und beriefen sich darauf, daß kein Streikbeschluss in der Dedendbranche vorliege. Die Mitglieder sollten sich gebulden; man könne nicht eher mit Forderungen auf der ganzen Linie vorgehen, bis ein Einverständnis mit dem Hauptvorstand der Maurer erzielt worden sei. Wo die Arbeiter in der Dedendbranche aus Solidarität in den Streik getreten sind, da handelt es sich nicht um ihre eigenen Forderungen, das müsse man streng auseinanderhalten. Ausgesperrt habe nur eine Firma, nämlich Raebel. Die Diskussion war zuweilen sehr heftig, karte aber die Situation im allgemeinen und befeitigte die vorhandenen Mißverständnisse.

Ueber die Situation der Bewegung führte Silber Schmidt gestern abend in der Generalsammlung des Maurer- und Zementverbandes folgendes aus: Vom Montag bis Donnerstag ist die Zahl der in den Streiklisten eingetragenen Verbandsmitglieder von 9207 auf 10.041 gestiegen. Die Zahl der Streikenden ist von 5196 auf 4930 zurückgegangen. Diese Differenz erklärt sich dadurch, daß die Betroffenen größtenteils zu den geforderten Bedingungen in Arbeit getreten, anderenteils abgereist sind. Von den Streikenden sind 4167 verheiratet, 891 ledig. Die Zahl der abgeschlossenen Verträge ist von 493 auf 550 gestiegen. Von den neu abgeschlossenen Verträgen sind 45 bis 55 auf das Konto des solidarischen Eingetretens der Wäher zu setzen. In den Streiklisten der Wäher sind 1307 Kollegen eingetragen, 500 meldeten sich bis jetzt noch zur Kontrolle, die übrigen sind in Arbeit getreten, nachdem auf den betreffenden Bauten die Forderungen erfüllt worden sind. Von den Mitgliedern der Gips- und Zementbranche meldeten sich 647 Mitglieder zur Kontrolle, die durch den Kampf in Mitleidenschaft gezogen sind. Die Bewegung hat also erfreuliche Fortschritte gemacht, womit wir sehr zufrieden sein können. Weniger zufrieden kann man in den Reihen der Unternehmer sein. Zwar geben sie in der bürgerlichen Presse bekannt, daß sie mit dem Stande der Bewegung zufrieden sind, sie sprechen von einem bestimmt zu erwartenden Siege. Das ist eine sehr voreilige Freude. Es ist uns heute mitgeteilt worden, daß der Beschluß der Unternehmer, die Bauten für Arbeitswillige zu öffnen, schon jetzt ausgeführt werden soll. Schon morgen (Sonnabend) wird durch Plakate an den Anschlagtafeln bekannt gegeben werden, daß vom Montag ab die Bauten für Arbeitswillige geöffnet werden. Auf diesen Schlag ist die Verbandsleitung der Maurer getrübt, sie kann dem mit trübler Ruhe entgegensehen. Mit der Tatsache, daß die Bauten geöffnet werden für alle, die zu den alten Bedingungen oder sogar zu den vom Gewerbeamt aufgestellten Bedingungen arbeiten wollen, haben wir gerechnet. Nach den früheren Kundgebungen der Unternehmer sollten die Bauten erst nach vier Wochen geöffnet

werden. Jetzt geschieht es schon nach 16 Tagen des Kampfes. Das zeigt uns, daß die Siegesicherheit der Unternehmer keineswegs groß ist. Mit dem Augenblick, wo die Unternehmer ihre Taktik ändern, werden auch wir eine Aenderung unserer Taktik vornehmen. Wir werden unseren Beschluß, keinen Anorganisierten in die Streiklisten aufzunehmen, aufheben und jeden Kollegen, der sich mit uns solidarisch erklärt, in unsere Reihen aufnehmen. Die Streikleitung wird alle gesetzlichen Mittel anwenden, um die Befreiung der Bauten durch Arbeitswillige zu verhindern.

In den letzten Tagen sind manche Unklarheiten über den Abschluß der Verträge hervorgetreten. Die Vorstände der sieben beteiligten Organisationen hatten sich auf gemeinsame Verträge geeinigt. Die Versammlungen von sechs Organisationen stimmten dem zu, nur nicht der Zentralverband der Bauarbeiter. Eine Anzahl von Verträgen mit dem gemeinsam vereinbarten Bedingungen waren bereits abgeschlossen. Die Leitungen der Organisationen haben einmütig beschlossen, daß an den bereits abgeschlossenen Verträgen nichts geändert wird. Es herrscht Einmütigkeit darüber, daß die Forderungen der Bauarbeiter wohl berechtigt sind, daß es aber im Interesse der gesamten Bewegung liegt, daß keine Aenderung der bereits abgeschlossenen Verträge vorgenommen wird. Das gebietet das Ansehen der Organisationen. Den Bauarbeitern ist gesagt worden, daß sie sich den Beschlüssen der übrigen sechs Organisationen fügen müssen. Die Leitung des Bauarbeiterverbandes ist damit einverstanden. Es ist ein Irrtum, wenn in einem Bericht des „Vorwärts“ gesagt war, die bestehenden Verträge sollten den Wünschen der Bauarbeiter entsprechend geändert werden. — Es herrscht auch Einmütigkeit bei den Leitungen darüber, daß die Zimmerer überall, wo Arbeitswillige oder Altkontraktanten beschäftigt sind, die Arbeit zu verweigern haben. In der Versammlung der lokalistischen Zimmerer war dieser Beschluß der Vorstände richtig zum Ausdruck gekommen. Wenn in dieser Hinsicht in der Versammlung des Zentralverbandes der Zimmerer ein Irrtum vorlag, so liegt das daran, weil die Verbandsmitglieder die Vorstandsführung vor Schluß verlassen mußten und deshalb von diesem Beschluß keine Kenntnis hatten. Es wird dahin gewirkt werden, daß die Zimmerer vom Zentralverband diesem Beschluß gemäß handeln.

So werden die Arbeiter der Taktik der Unternehmer Zug um Zug begegnen und alles tun, um aus dem Kampfe, der sicher ein langwieriger sein wird, als Sieger hervorzugehen.

## Gewerkschaftliches.

### Ein Rechts-anwalt.

Ein Arbeitswilliger, der friedliche Leute mit dem Revolver bedrohte, hatte sich gestern in der Berufungsinstanz vor der fünften Strafkammer des Landgerichts I wegen Verleumdung und Bedrohung mit einem Verbrechen zu verantworten.

Der Angeklagte Daum hatte den Dreher Joppe in einem Lokal durch Ausdrücke wie: Lump, Strolch, Blunder, ohne Grund beleidigt. Er wurde deswegen aus dem Lokal gewiesen, ließ aber mit einem Revolver in der Hand vor der Tür auf und ab und stieß die Drohung aus: „Den Hund schieße ich tot, einer von uns muß draufgehen“. Er war in erster Instanz zu 60 M. Geldstrafe verurteilt und legte trotz des gelinden Urteils Berufung ein.

Die Sache gewinnt dadurch Bedeutung, daß der Angeklagte wiederholt sich den Richtern als „Arbeitswilliger“ in Erinnerung brachte und der Verteidiger die Belastungszeugen wie den Nebenkläger Joppe als Sozialdemokraten für mißglaubwürdig und besonders gehässig gegen den „Nichtsozialdemokraten“ Daum hinzustellen versuchte.

Der Angeklagte erklärte noch, daß ihm die Polizei erlaubt habe, zu seinem persönlichen Schutze einen scharf geladenen Revolver zu tragen.

Beide Herren hatten jedoch mit ihrer Mühe kein Glück. Die Berufung wurde verworfen.

### Berlin und Umgegend.

#### Zum Bäckerstreik.

Die Situation im Bäckerkampf wird durch folgende Mitteilungen beleuchtet:

In der Nacht vom Donnerstag zum Freitag wurde in der Filiale Invalidenstr. der Großbäckerei Goldbader die große Schaufensterscheibe zertrümmert. Da die Warenvorräte in der Aulage unberührt geblieben sind, erscheint es wohl von vornherein ausgeschlossen, daß irgend ein hungriger Proletarier diesen Vandalismus begangen hat.

Es besteht sogar der Verdacht, daß irgend ein wütender Streikhasser seinem Groll nur durch Zertrümmern der Scheibe Luft zu machen vermochte.

Auch die Wimen vom Hefesyndikat scheinen erkennen zu lernen, daß sich die Mahregel, die sie gegen die bewilligenden Bäckermeister in Anwendung brachten, zu ihrem eigenen Schaden gestaltet.

Herrn Goldbader ist beispielweise von einem Wärmelieferanten angeboten worden, bei Abnahme von täglich sechs Zentnern Hefe anstandslos zu liefern. Selbstverständlich wurde das freundliche Angebot zurückgewiesen, da Herr Goldbader keine Veranlassung hat, die Suppe, die sich die Hefesyndikatsprogen eingebrockt haben, auslöffeln zu helfen.

Mehrfach wird uns berichtet, daß Polizeibeamten versuchen, die Meister zu veranlassen, die Bewilligungsplakate aus den Fenstern zu entfernen. Wir können nur raten, solchen Anforderungen nicht zu folgen. Wendet die Polizei Gewalt an, dann lasse man sie gewähren. Was weiter zu tun ist, erfahren die Beteiligten im Streikbureau. Auch was zu tun ist, wenn Innungen ihre Kompetenz überschreiten und versuchen, durch Strafbefehle in den Kampf einzugreifen, erfährt man an der genannten Stelle.

Der Terrorismus und die Nötigungsversuche der Bäcker-Innungen und des Hefesyndikats werden ihre gerichtliche Beleuchtung und Verurteilung erfahren.

Seitens mehrerer Bäckermeister, die die Forderungen der Gesellen bewilligt haben, sowie der Leitung des Verbandes der Bäcker ist wegen Vergehens gegen §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung Strafanzeige gegen die Bäckerinnung sowie gegen das Hefesyndikat erstattet worden. Ein Artikel in der „Konfordia“, Organ der Innung und des Bäckermeisterschmidts, gibt die Unterlage zu der Klage. Ferner ist in der Strafanzeige der Wortlaut eines Flugblattes, welches der „Konfordia“ beigelegt war und den Beschluß der Innungs-Vorstände und des Hefesyndikats mitteilte, angezogen. Das Flugblatt enthält die Mitteilung, daß den Bäckermeistern, die bewilligt hatten, keine Hefe mehr geliefert wird, ferner die Androhung, daß über die dem Syndikat angeschlossenen Händler, welche sich dem Gebot nicht fügen, die Sperre verhängt und ihnen die Kundschaft der „freien“, d. h. nicht bewilligt habenden Bäcker entzogen werden soll.

Die Anzeige richtet sich gegen Schmidt sowie alle Personen, die an dem Beschluß der Innung sowie des Hefesyndikats mitgewirkt und zu dessen Bekanntmachung beigetragen haben.

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.

Ferner ist die Beschlagnahme des betreffenden Flugblattes und der Nummer vom 2. Juni der „Konfordia“ beantragt.

### Zum Streik selbst liegt folgende Mitteilung vor:

Der Brotfabrikant Wittler hat die Forderungen zurückgezogen, nachdem der Obermeister Schmidt kräftig auf ihn eingewirkt hatte. Nun suchte Wittler Streikbrecher, um die bei ihm beschäftigten Verbandsmitglieder hinauszuführen. Ehe noch die Verhandlungen mit dem Verband zu Ende waren, fuhr ein Wrotwagen von Wittler beim Hauptquartier der Innungen vor, um Streikbrecher abzuholen. Aber es waren keine da. Wittler hat schließlich doch seinen Betrieb besetzt mit seinen Trüben, einem Kutscher und einigen Gelben von außerhalb. Die Arbeitswilligen waren jedoch mit der Kost und dem Logis, welche ihnen gewährt worden, so unzufrieden, daß sich mehrere von ihnen den Streikenden anschlossen. Einige Kutscher von Wittler haben sich gegen Radfahrer, die im Interesse des Bäckerverbandes tätig sind, sehr unangemessen benommen. Sogar mit Tätscheln sind sie gegen Radfahrer, welche die Kundschaft auffüllen wollten, vorgegangen. Mit den kleinlichsten Mitteln suchte ein Drohhändler in der Markthalle in der Lindenstraße einem Radfahrer zu schaden, indem er denselben einem Schuyman denutzte, weil der Radfahrer unter den Linden gefahren sein soll. Der Radfahrer wurde auch wirklich daraufhin fisiert. Durch solche kleinlichen Mänke der Helfer des Innungspropagandums kann der Erfolg des Kampfes natürlich nicht beeinträchtigt werden.

Eine Versammlung derjenigen Bäckermeister, die die Gesellenforderungen bewilligt haben, beschäftigte sich gestern abend in den Sophienböden mit der Material-Sperre des Hefesyndikats. Vom Vorstand wurde mitgeteilt, daß die Errichtung einer Hefefabrik in Berlin aus den Mitteln der Meister mit Unterstützung des Gesellenverbandes nunmehr gesichert sei. Die notwendigen Mittel und Pläne seien bereits vorhanden. Die Vertreter der beteiligten Banken und der Architekt waren in der Versammlung anwesend und versicherten, daß die Fabrik in sechs Monaten bereits betriebsfähig sein werde. Damit seien die Meister ein für allemal vom Hefering unabhängig.

Die Organisation der „Gelben“ holt zu einem „vernichtenden Schläge“ gegen den Verband der Bäcker aus. In einem Flugblatt, überschrieben: „Protest. Zur Aufklärung: Ein wichtiges Wort in Angelegenheit des frivolen herausfordernden Bäckerstreiks und Boykotts!“, das in 900 000 Auflage verbreitet werden soll, wenden sie sich an die „geehrten Berliner Hausfrauen“. Wes dieses Kinder die gelben Gesellen sind, können unsere Leser aus einigen Sätzen sehen, die wir aus dem Laborat herausziehen wollen.

In dem Flugblatt heißt es u. a.: Lieber 5000 Bäckergelellten in Groß-Berlin wollen vom Streik und Boykott gar nichts wissen, sie sind zufrieden mit ihren Verhältnissen. Ruhe und Frieden wollen sie haben, weil sie wissen, daß Streiks und Boykotts stets Bunden nach beiden Seiten schlagen.

Alles, was über schlechte Zustände in den Bäckereien gesagt wird, beruht auf Erfindung oder Uebertreibung, nur darauf berechnet, gerade die Frauen Berlins für die Boykottbewegung zu gewinnen.

Unwahr ist ferner, wenn im Flugblatt der Parteiführer gesagt wird, daß die Lage der Berliner Bäckergelellten die denkbar traurigste sei, daß das Elend der Gesellen nur allzu bekannt sei. Auch das kann leicht als Verleumdung bewiesen werden.

Daß aber der Bäckergelellte recht gut zu sparen vermag, sofern er nicht dem Verbands die hohen Beiträge zahlt, ergibt sich u. a. auch aus der Tatsache, daß allein in einem handwerklichen Bäckergelellten-Verein innerhalb Jahresfrist über 9000 M. der Sparkasse zur vierprozentigen Verzinsung zugeführt wurden, der Verein, bei einem Mitgliedsbeitrag von 25 Pf. monatlich, ein Vereinsvermögen von 1000 M. angehäuft hat.

Der freie Tag, den die Bäckergelellten Berlins in ihrer großen Mehrheit im Interesse der Erhaltung des Kleingewerbes gar nicht wünschen, soll auch zur Vernichtung dienen, andererseits ist er nur Scheinforderung. Die Gesellen wollen ihn nicht, weil sie dadurch ihre spätere Selbständigkeit unmöglich machen; die Meister können ihn nicht bewilligen, weil sie sich selbst ruinieren würden.

Und so geht es lieblich weiter. Aber auch dieses Flugblatt, das ausschließlich die Interessen der Meister vertritt, die die Forderungen der Gesellen nicht bewilligt haben, wird an der Tatsache nichts ändern, daß die Berliner Frauen ihren Bedarf ausschließlich in den Bäckereien decken, die die berechtigten Forderungen anerkannt haben.

### Bauhandwerker Charlottenburg!

Auf dem Bau der Technischen Hochschule in Charlottenburg, Berlinerstraße Ecke Gartenufer, Vaugeschäft Hamann, sind die Maurer und Bauhilfsarbeiter seit Pfingsten ausgeperrt! Die dort arbeitenden Maurer und Hilfsarbeiter sind Arbeitswillige! Wir bitten daher die übrigen dort arbeitenden Bauhandwerker, dies zu beachten. Verbandskollegen! Halbet Euren im Lohnkampfe stehenden Kollegen den Rücken frei!

Streik der Klempner in Gelsenkirchen. Die Klempner und Installateure von Gelsenkirchen und Umgegend stehen im Streik. Die drei Organisationen: Deutscher Metallarbeiter-Verband, Christlichsozialer Metallarbeiter-Verband und der Gewerksverein S.-D. erziehen, Inzug zu halten.

Klächung, Metallarbeiter! Der Betrieb von Sauerbier, Forsterstr. 6/8, ist für Klempner, Schlosser und Hilfsarbeiter wegen Differenzen und Mahregelungen gesperrt. Die Krisenverwaltung Berlin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Charitestr. 3.

### Deutsches Reich.

#### Ein Sieg der freien Gewerkschaften.

Am 4. d. M. fanden in Königsberg i. Pr. die Gewerbe-gerichtswahlen für die Arbeitnehmerbeisitzer statt. Gewählt wurde nach dem Proportionalssystem. In enger Verbrüderung schlossen sich wieder die „Christlich-nationalen“ gelben Verbände zusammen, unterstützt von den evangelischen und katholischen Arbeitervereinen, sowie den Mitgliedern des Genfer Verbandes ufm. Dieser liberalste und treudeutsche Block erhielt 355 Stimmen, die freien Gewerkschaften vereinigten auf sich 4135 Stimmen. Im Gewerbegerichtssaal wurde nun am Donnerstag, den 6. d. M., das Ergebnis der Gewerbegerichtswahl festgestellt. Das Resultat war für die „Christlichen“ 3 Mandate, für die freien Gewerkschaften 37 Mandate.

Ein neuer Konflikt in der Leipziger Holzindustrie. Nach Beendigung des jüngsten großen Kampfes in der Holzindustrie wurde bei dem Friedensschlusse in Berlin vereinbart, daß bei der Revision der Spezialtarife für Bautischler ein Mindestlohn von 55 Pfennig pro Stunde festgelegt werde. Zur Beratung des neuen Bautischlertarifs war eine gleichmäßig von den Holzarbeitern und den Unternehmern besetzte Kommission eingesetzt worden. Das Resultat der Verhandlungen wurde am 28. Mai einer Holzarbeiterversammlung vorgelegt und von dieser angenommen. Der Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe lehnte den Spezialtarif aber ab wegen des darin festgesetzten Mindestlohnes von 55 Pf.; die Unternehmer wollen nur 52 Pf. zahlen. Mit der Ablehnung dieses Mindestlohnes haben die Leipziger Holzindustriellen Tarifbruch begangen, die in Berlin vereinbarten Friedensbedingungen einfach ignoriert. Die Leipziger Holzarbeiter sind natürlich nicht wütend, den Herrngelassen der Unternehmer freien Lauf zu lassen, sie werden vielmehr mit allen Kräften für die Anerkennung des vereinbarten Mindestlohnes eintreten. Den Unternehmern selbst scheint es ob ihres Schrittes nicht ganz gebauer zu sein; in einem Schreiben teilen sie dem Holzarbeiterverbande mit, daß sie die Schlichtungskommission zur Entscheidung der Frage angerufen haben. Die Kommission wird sofort in Funktion treten.

37. Blatte, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlag u. Verlagsanstalt

Der Malerstreik in Leipzig, der nunmehr die achte Woche dauert, neigt sich seinem Ende. Es sind zwischen den Gehilfen und der Innung neuerdings Verhandlungen angebahnt worden, die voraussichtlich zum Friedensschlusse führen werden. Am Sonnabend soll eine Versammlung der Gehilfen über das Resultat der Verhandlungen und die weitere Haltung der Ausständigen entscheiden.

Die Aussperrung der Maler in Straßburg ist beendet; die Unternehmer haben die Bedingung fallen lassen, daß städtische Arbeiten nur an die Innung vergeben werden, und den Tarif nach der vor dem Bürgermeisteramt getroffenen Vereinbarung anerkannt.

Die Zittauer Holzarbeiter haben in einer Versammlung mit 152 Stimmen einmütig beschlossen, behufs Erlangung einer Arbeitszeitverkürzung auf 55 Stunden in der Woche und eines Minimallohnes von 40 Pf. pro Stunde in den Streik einzutreten.

Die Schuhmacher in Freiberg haben, gestützt auf ihre Organisation, ohne eigentlichen Kampf einen schönen Erfolg erreicht. Nach längeren Verhandlungen mit den Meistern wurde ein Lohnaufschlag von 10 Prozent gebracht.

### Ausland.

#### Streik der Seeleute.

Die streikenden Seeleute in Toulon haben den Streik ebenfalls beendet.

Der Maler- und Gipferstreik in Biel, welcher vom 26. April bis 4. Juni währte, ist mit bedeutendem Erfolg für die Arbeiter beendet.

#### Ein Hafenarbeiterstreik in Rotterdam.

Ende des Jahres 1903 versuchte man im Rotterdamer Hafen Getreideelevatoren einzuführen, die mit ihrer mechanischen Wägebearbeitung vor allem die Arbeit der Leute überflüssig machten, die bisher als Getreidewäger tätig waren. Die Wäger, denen die Unternehmer keinerlei Ersatz für die verlorene Arbeit bieten wollten, führten dann einen harten Kampf gegen die drohenden Maschinen und gewannen diesen Kampf, sonderbarerweise mit Unterstützung der deutschen Getreideimporteure, die damals ein starkes Interesse daran hatten, vor dem 1. März, dem Tage, da der neue Zolltarif in Kraft trat, so viel Getreide wie möglich über die Grenze zu bringen. Die zwei Maschinen, die die Elevatorengesellschaft aufgestellt hatte, haben bis zum Frühling dieses Jahres stillgelegen. Nun aber sucht man sie von neuem in Anwendung zu bringen, und damit hat auch der Kampf gegen die Elevatoren von neuem begonnen, nachdem die Unternehmer gewisse Minimalforderungen zur Sicherung der Existenz der bisher als Wäger tätigen Arbeiter ablehnten. Die übrigen Getreidearbeiter unterstützen den Kampf und verweigern die Arbeit auch auf solchen Schiffen, wo die Elevatoren nicht tätig sind, die aber Getreide führen für Unternehmer, die sich mit der Elevatorengesellschaft verbündet haben. Der Versuch der Unternehmer, Streikbrecher heranzuholen, hat kürzlich zu großen Demonstrationen geführt. 100 Streikbrecher wurden gesucht, einige meldeten sich, aber 1000 Hafenarbeiter strömten herbei, um sie an ihr Solidaritätsgefühl zu erinnern. Die Polizei zog blank und es ging nicht ohne Verhaftungen ab.

Der Streik dauert fort. Die Arbeiter wollen nicht, daß die Unternehmer allein den Vorteil von der Einführung der Elevatoren haben.

Rotterdam, 7. Juni. (B. L. B.) Die Vereinigung der Reeder hat von dem Seemannsverband ein Schreiben erhalten, durch welches der Verband sich bereit erklärt, den Ausstand zu beenden, unter der Voraussetzung, daß die Reeder noch vor dem 1. August den Entwurf einer Ruffenrolle ausarbeiten, durch welche die Zahl der täglichen Arbeitsstunden und die Lohnerarbeit geregelt wird. Der Verband verlangt weiter, daß die Reeder mit der Verbandsleitung in Unterhandlung treten wegen Festsetzung der Gehälter für die verschiedenen Dienststufen, unter Aufrechterhaltung der schon bewilligten Gehaltserhöhung.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Vom Ausstand in Offenbach.

Offenbach a. M., 7. Juni. (Briquadepesche des „Vorwärts“.) Die streikenden Offenbacher Metallarbeiter lehnten heute mit 745 gegen 185 Stimmen das Angebot der Fabrikanten ab. In dem Vergleichsvorschlag war wohl eine halbbründige Verkürzung der Arbeitszeit zugestanden, jedoch eine Lohnerhöhung abgelehnt. Der Lohnkampf geht somit weiter.

### Ein echt portugiesisches Dementi.

Berlin, 7. Juni. (B. L. B.) Die portugiesische Gesandtschaft bittet uns, nachstehendes mitzuteilen: Einige ausländische Blätter, insbesondere in Paris, London und Wien, haben kürzlich falsche Nachrichten veröffentlicht, die glauben machen wollen, daß in Portugal die öffentliche Ordnung gestört sei. Allen Anschein nach sind dergleichen Nachrichten frei erfunden und aus Lissabon von politischen Parteien verfaßt worden, welche mit dem Mangel an Achtung vor der Wahrheit das Fehlen jeden patriotischen Gefühls verbinden und alles opfern, um sich für nicht eingestehendes Parteimißvergnügen Genugtuung zu schaffen. In Portugal herrscht die vollständigste Ruhe. Das Land nimmt die Verwaltungsmassnahmen sowie die sorgsame Finanzverwaltung der Regierung mit unbekümmerten Zeichen von Freude auf.

### Prozeß Awilek.

Bosen, 7. Juni. (B. L. B.) In dem Zivilprozeß der Wohnwärtin Frau Cäcilie Meyer aus Galtzien gegen die Gräfin Awilek auf Herausgabe des Keinen Grafen wurde heute vor dem hiesigen Landgericht unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelt. Das Urteil wird am 14. Juni gesprochen.

### Ungarische Minister.

Budapest, 7. Juni. (B. L. B.) Der Rechnungsausschuß des Abgeordnetenhauses hat in der Angelegenheit des früheren Ministerpräsidenten Tisza und des früheren Handelsministers Hieronymi beschlossen, im Abgeordnetenhause einen Mißbilligungsantrag zu stellen. Ein Vorschlag, auch gegenüber dem Vorgehen des Präsidenten des Rechnungshofes Mißbilligung auszusprechen, wurde abgelehnt.

### Ausland böhmischer Bergarbeiter.

Troppan, 7. Juni. (B. L. B.) Die Belegschaft des den Wiskowitzer Kohlengruben gehörigen Theresienhutes in Polnisch-Ostrau befindet sich seit gestern im Ausstand, weil die von der Belegschaft verlangte Entlassung dreier Arbeiter verweigert wurde. Seit Nachmittags ist auch die Belegschaft des Salomon- und des Karolinenhutes der Wiskowitzer Kohlengruben in Mährisch-Ostrau ausständig.

### Die Unruhen in China.

London, 7. Juni. (B. L. B.) „Evening Standard“ meldet aus Hongkong: Die Scharen der Rebellen von Pienchow vermehren sich schnell, die Truppen von Kanton sind von ihnen geschlagen. Man befürchtet, daß auch in Kwangsi Unruhen ausbrechen werden. In der Nähe von Weiqow ist die Ordonnanz von den Rebellen angegriffen und nahezu aufgerieben, in der Stadt herrscht große Besorgung.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Die russische Revolution.

Neue Blutturteile in Riga.

Die „Russische Korrespondenz“ erhält das nachstehende Telegramm:

Petersburg, 6. Juni, 11 Uhr 44 Min. In Beantwortung der Interpellation wegen des Blutbades im Rigaer Gefängnis verspricht die Regierung auf Drängen der Duma, daß ein unparteiisches Gericht die Untersuchung leiten werde. Jetzt wird hier bekannt, daß am vergangenen Dienstag in Riga acht Gefangene zum Tode verurteilt wurden, und es sieht fest, daß das Gericht in rücksichtsloser Weise alles getan hat, um die schuldige Gefängnisverwaltung zu entlasten. Aus dem Zeugenerhör ergibt sich, daß eine Gruppe Häftlinge in der Tat einen Fluchtversuch machte, dabei wurde ein Gefängniswärter mißhandelt. Eine halbe Stunde später, nachdem der Fluchtversuch schon vollkommen mißlungen war, bei dem überdies niemand vom Gefängnispersonal ernstlicher mißhandelt war, und nachdem alle Häftlinge bereits in die Zellen zurückgebracht waren, erschien der Gefängnisdirektor mit Militärpatrouille und richtete unter den Gefangenen das Blutbad an. Er selbst schoß auf die Häftlinge, jagte sie aus den Zellen in den Korridor, wo sie von den Soldaten mit Bajonetten und Schüssen empfangen wurden. Am Gefangenen einzuschüchtern, wurde ihnen mitgeteilt, sie seien dem Feldgericht überliefert und würden am folgenden Tage bereits hingerichtet werden. Die Soldaten, Armenier und Grusinien, welche bei der Verhandlung als Zeugen fungierten, und kein Russisch verstanden, wurden ohne Dolmetscher verhört. Der Untersuchungsrichter klammerte sich überhaupt nicht darum, daß die bereits in die Zellen zurückgeführten Häftlinge durch Revolver- und Flintenlugeln verwundet und getötet wurden. Den Verteidigern wurde die Ausübung ihres Amtes unmöglich gemacht. Es war ihnen verboten, an den sachverständigen Arzt Fragen zu stellen über den Charakter der Wunden, die die Angeklagten hatten. Ebenso wenig durften sie das Dienstpersonal des Gefängnisses über die Vorgänge befragen. Dies Dienstpersonal wurde nicht einmal vor Gericht als Zeugen vernommen, da die höheren Behörden die Erlaubnis zum Erscheinen der Betroffenen nicht gaben.

Die gesamte Verhandlung wurde durch die Tatsache charakterisiert, daß der Gerichtsvorsitzende die angehenden Petersburger Rechtsanwältin Volkstein und Permetzsch, die als Verteidiger fungierten, als Petersburger Gefängnis bezeichnete. Er verweigerte den Verteidigern Eintragungen in das Protokoll mit der Motivierung, die Eintragung von Motivierungen zur Motivation sei unnötig, da eine Kassationsklage in jedem Falle abgewiesen werden würde. Die Verteidigungsreden seien überhaupt unnötig, da sie auf das Verdikt in keinem Falle Einfluß üben würden. Die Richter würden diese Reden überhaupt nicht anhören.

Die Empörung hier in Petersburg über diese Vorgänge ist um so größer, da die Regierung der Duma unparteiisches Gericht zugesagt hatte. Auch dieses Ereignis spitzt die politische Situation weiter zu.

Soziales.

Zum Märchen der „Leutenot“.

Aus Ostpreußen schreibt man uns: „Seht es zum Frühjahr, so kann man auch in allen agrarischen Zeitungen das rührende Bild von der „größlichen Leutenot“ lesen, das zu dem Zwecke angestimmt wird, um die Militärbehörden zu veranlassen, den „nothleidenden“ Landwirten recht viel Soldaten als Erntearbeiter zur Verfügung zu stellen. Wie der „Vorwärts“ vor kurzer Zeit melden konnte, soll in diesem Jahre recht viel Militär an die Agrarier abgegeben werden. Ja selbst die kleinen Besizer will man nicht übergeben. Das Jammen der agrarischen Zeitungen hat also geholfen. Nun gibt es aber gar keine Leutenot in Ostpreußen. Sehr oft erhalten die Königsberger Parteigenossen Briefe von Landarbeitern, in denen diese mitteilen, daß sie der Herr, weil sie ihm nicht den nötigen Gehorsam entgegengebracht hätten, plötzlich auf die Straße gesetzt hat. So war eines Landarbeiters Sohn gestorben. Er hatte einen anderen gebeten, ihm doch beim Grabmalen behilflich zu sein. Das tat der Freund auch, aber der menschenfreundliche Gutbesitzer meinte, daß der Landarbeiter auch sein Kind hätte allein begraben können. Sein Arbeiter war aber anderer Meinung; es kam zu einem Streit, in dessen Verlauf dem Arbeiter anbefohlen wurde, binnen drei Tagen die Wohnung zu räumen. Diese werden wohl nun Soldaten beziehen.“

Lebrigens gibt es jetzt in Preußen eine Unmenge polnischer Arbeiter. Der Zubrang polnischer Arbeiter zu einem Vorkauf in Ostpreußen war so groß, daß der Unternehmer den Tagelohn um 50 Pfennige kürzen konnte! Und die Landwirtschaftskammer bietet zurzeit öffentlich deutsch-russische Landarbeiter (Rückwanderer aus dem Wolgagebiet) aus, die nicht einmal einer Aufenthaltserlaubnis unterliegen. Der Lohn für diese Leute beträgt bei einem Deputat von 25 Pfund Kartoffeln, ein Pfund Weizenmehl und 3/4 Liter Magermilch pro Kopf und Woche: 1. für Männer, die mähren können, 1,80 M. pro Tag; für dieselben (sechs Wochen in der Ernte) 2,80 M. pro Tag; 2. für Männer und starke Burschen, die nicht mähren können, 1,50 M. pro Tag, (sechs Wochen in der Ernte) 2,00 M. pro Tag; 3. Frauen, Mädchen und schwächere Burschen 1,30 M. pro Tag, (sechs Wochen in der Ernte) 1,80 M. pro Tag. Die Beschaffungskosten betragen bis Kosten etwa 50 M. Nun, die Landwirtschaftskammer wird mit ihrer Offerte kein Glück haben. Denn so lange die Agrarier mit Militär versorgt werden, haben sie keine Veranlassung, solch hohe Löhne zu geben und derartige Ausgaben zu machen.“

Schadenersatz aus Vornunfall.

Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich am 23. März 1905 beim Abrücken eines Neubaus in Schöneberg. Der Puffergehülfe S., der nach dem Auftrage des Maurermeisters W. während der Frühstückspause die Abrüstungsmaterialien vorbereiten sollte, wollte einen 1 1/2 Zentner schweren Kalkkasten auf einen ungefähren Tischhöhe unter der Rüstung befindlichen Balken des vierten Stockwerks hinunterschieben und ihn während des Hinunterschiebens umstippen. Hierbei entglitt der Kalkkasten seinen Händen, flog auf eine Streichstange oder auf eine Kante des Schuppdach auf und wurde dann im Wogen auf die Straße geschleudert. Hier traf er den dort stehenden Maurermeister W. und eine mit ihm redende Frau des Buchhalters S. Beide erlitten schwere Verletzungen, W. selbst verstarb infolge der Verletzungen. Die getroffene Frau und ihr Ehemann klagten gegen die Erben des W. auf Schadenersatz.

Das Landgericht II in Berlin erkannte den Anspruch der Kläger dem Grunde nach für gerechtfertigt an. Auf die Verurteilung der Beklagten wurden die Kläger vom Kammergericht zu Berlin kostenpflichtig abgewiesen. Das Kammergericht erachtete für erwiesen, daß der Puffergehülfe S. den Klägern den entstandenen Schaden widerrechtlich in Ausführung einer Verrichtung zugefügt habe, zu welcher er von W. bestellt worden war. Allein es nimmt an, daß W. bei Anweisung des S. die im Verlethe erforderliche Sorgfalt beobachtet habe und daß ihm eine Verletzung dieser Sorgfalt auch nicht hinsichtlich der Leitung der Ausführung der Verrichtung, noch bei Beschaffung von Vorrichtungen oder Gerätschaften zur Last falle. Weiterhin verneint das Berufungsgericht, daß eine Schadenersatzpflicht aus § 223 Absatz 2 des Bürgerlichen Gesetzbuchs herzuleiten sei: die Schuppdachvorrichtungen hätten den polizeilichen Vorschriften entsprochen,

Gegen dieses Urteil hatten die Kläger Revision beim Reichsgericht eingelegt und einmal geltend gemacht, daß S. als bloßer Puffergehülfe nicht geeignet gewesen sei, Materialien während der Frühstückspause selbstständig vorzubereiten. Weiterhin wird die Feststellung des Berufungsgerichts betreffend die vorschriftsmäßige Beschaffenheit von Waugerüst und Wauganz als prozeßwidrig angefochten, sowie die Feststellung, daß S. dem W. als zuverlässiger und tüchtiger Arbeiter bekannt gewesen sei. Der VI. Zivilsenat des Reichsgerichts verwarf die ersten beiden Angriffe der Revision, indem er ausführte, daß die Hälfte bei der Abrüstung eine besondere technische Fertigkeit nicht erforderte und deshalb dem S. auch allein überlassen werden konnte. Auch die Annahme des Berufungsgerichts, daß der Wauganz und das Waugerüst die von der Polizei vorgeschriebene Beschaffenheit und Aufstellung gehabt haben, sei nicht zu beanstanden. Dagegen aber mißt das Reichsgericht der Revision die Bedeutung bei, welche ausführt, daß die Zuverlässigkeit und Tüchtigkeit des S. gar nicht feststehe und daß hierüber auch jede Beweisführung fehle. Das Reichsgericht führt hierzu aus, daß tatbestandlich feststehend nur so viel gelten könne, daß S. bereits 20 Jahre im Baugewerbe und speziell neun Jahre lang als Puffergehülfe tätig gewesen ist. Allein dies genüge nicht für den Geschäftsherrn hinsichtlich der sorgfältigen Auswahl des Angestellten. Es komme in Betracht, wie lange S. bei dem W. tätig war, und ob er bei der — wenn immerhin einfachen und untergeordneten — Tätigkeit auf dem Waugerüst und der Gefährlichkeit solcher Arbeit auch die entsprechenden moralischen Eigenschaften: Zuverlässigkeit, Klüternheit, Umsicht und Vorsicht gehabt habe. Hierüber sei jedoch nichts festgestellt und müsse das Berufungsurteil deshalb aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung über diesen Punkt an das Kammergericht zurückverwiesen werden.

Aus Industrie und Handel.

Segen der neuen Handelsverträge.

Ueber die Wirkungen der neuen Handelsverträge stellt der Handelsvertragsverein in seinen Mitteilungen eine Reihe Äußerungen zusammen. Es heißt darin:

In der Generalversammlung der Aktiengesellschaft für Rappensfabrikation teilte die Verwaltung mit, daß der Export der Gesellschaft nach Oesterreich seit dem Inkrafttreten der neuen Handelsverträge völlig aufgehört habe und auch bei der Konkurrenz minimal sei.

Die Verwaltung von Linger u. Hoffmann A.-G. schreibt in ihrem Geschäftsbericht für 1906: „Der Geschäftsgang in photographischen Trockenplatten wurde dadurch ungünstig beeinflusst, daß das Exportgeschäft seit Inkrafttreten der neuen ausländischen Zolltarife nicht unwesentlich erschwert wurde; andererseits fanden ausländische Konkurrenzfabrikate im Inlande leicht Abfah.“

Der Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund äußert sich in seinem Geschäftsbericht für 1906 folgendermaßen: „Es erscheint ein endgültiges Urteil über die neuen Handelsverträge so lange nicht am Platze, als die internationalen Hochkonjunktur die Bollerhöhungen in den ausländischen Tarifen nicht voll wirksam werden läßt. Die vom Reichsamt des Innern veranlaßten Erhebungen über die „Auswanderung“ deutscher Industrien konnten aus diesem Grunde kein nennenswertes Ergebnis haben.“

Die Verwaltung des Berg- und Hüttenmännischen Vereins E. W. zu Siegen schreibt in ihrem Jahresbericht für 1906: „Wenn auch bei der guten wirtschaftlichen Lage im Inlande und in den meisten benachbarten Industriestaaten die Wirkungen des neuen russischen Zolltarifs weniger in die Erscheinung traten, so läßt sich doch der schädigende Einfluß dieses Tarifes auf die deutsche Maschinenausfuhr nach Rußland nicht verkennen.“

Die Verwaltung von Felten u. Gusskonne-Lahmeyerwerken Akt.-Ges. Mülheim a. R. teilt in ihrem Geschäftsbericht für 1906 mit: „... Jedoch unterliegt es für uns keinem Zweifel, daß diese Handelsverträge auf einer Reihe von Artikeln und Ländern eine erhebliche Verschlechterung der Abnahmeverhältnisse gebracht haben.“

Die Verwaltung der Bayerischen Bank für Handel und Industrie schreibt in ihrem Geschäftsbericht für 1906: „Das Ereignis des Münchener Lagerhauses Ostbahnhof S. m. b. H., dessen Anteile wir besitzen, wurde durch das am 1. März 1906 in Kraft getretene Zolltarifgesetz ... nachteilig beeinflusst.“

In der „Frankfurter Zeitung“ beschäftigt sich eine längere Zeitschrift aus Karlsruhe mit den „Segnungen“ des Zolltarifes. Sie kommt ebenfalls zu einem wesentlich anderen Ergebnisse als die amtlichen Darstellungen. Zunächst weist auch sie darauf hin, wie verheerend das Unternehmen gewesen sei, schon im gegenwärtigen Moment die endgültigen Wirkungen des neuen Zolltarifs festzustellen und speziell eine Antwort auf die Frage zu finden, ob unter keinem Einfluß eine Auswanderung der Industrie in größerem Maßstabe stattfindet. Dann hebt der Artikel weiter hervor, daß in Baden die Nachteile, die insbesondere kleinere und mittlere Industrie- und Handelsbetriebe erfahren hätten, bereits deutlich zutage treten.

Goldene Ernte.

Der Walzdrahtverband erzielte im ersten Quartal 1907 wesentlich höhere Preise. Die Durchschnittspreise pro Tonne stellen sich wie folgt:

Table with 3 columns: Drahtart, 4. Quartal 1906, 1. Quartal 1907. Rows include Thomas-Stußeisenwalzdraht, Siemens-Martinitwalzdraht, Puddelwalzdraht, Flachwalzdraht, Stahlwalzdraht, and Flußeisen-Rastonwalzdraht.

Das sind teilweise ganz ansehnliche Steigerungen, die in der Hauptsache natürlich nur den gemischten Werken zugute kommen, die kein teures Halbzeug laufen müssen. Wie die „Köln. Volkszeitung“ berichtet, überstieg der Walzdrahtverband pro erstes Quartal 1907 seinen Werken an Arbeit 81 208 Tonnen Thomas- und S.-M.-Flußeisen- und Puddelwalzdraht, 4988 Tonnen Spezialwalzdraht und Flußeisen-Flachwalzdraht, 1189 Tonnen Stahl-Flachwalzdraht, 13 826 Tonnen Stahlwalzdraht rund und quadratisch, und 504 Tonnen Flußeisen-Rastonwalzdraht.

Gerichts-Zeitung.

Die Leidensgeschichte eines armen Kindes

Beschäftigte gestern den Strafrichter. Wegen Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Wundung mißte sich die 35-jährige Ehefrau Marie Weiland vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I verantworten. Der Schlossergeselle Emil Weiland war schon einmal verheiratet gewesen. Seiner Ehe entsprossen zwei Kinder. Als das dritte zur Welt kam, starb seine Ehefrau im Wochenbett. Um seinen noch kleinen Kindern wieder eine Mutter zu geben, heiratete W. vor zwei Jahren die jetzige Angeklagte. Diese war ihren Stiefkindern anfänglich sehr zugetan. Als sich jedoch ein eigenes Kind einstellte, wendete sie ihre ganze Liebe nur diesem zu und vernachlässigte die drei anderen in der schlimmsten Weise. Während das eigene Kind verhätschelt wurde, mußten die drei unglücklichen Wesen eine liebevolle und rohe Behandlung über sich ergehen lassen, bekamen nicht genügend zu essen und wurden bei der ge-

ringsten Kleinigkeit in der brutalsten Weise mißhandelt. Fast täglich schaltete aus der Wohnung der Angeklagten Klägliches Kindergeschrei und das Geräusch klaffender Schläge heraus. Die Hausbewohner beobachteten, hatten die Kinder stets blaue Flecken und blutunterlaufene Striemen am Körper und dicke Wunden auf dem Kopfe. Ein besonders schlimmer Tag war für die drei wirklich stiefmütterlich behandelten Kinder der 10. Januar d. J. Der kleine sechsjährige Emil Weiland war schon den ganzen Tag über von der Stiefmutter schlecht behandelt worden, angeblich weil er nicht in der Bibel lesen wollte. In ihrer Wut ergriff die Angeklagte eine Rindspeische und schlug blindlings auf den sehr schwächlichen und kleinen Knaben ein. Als ihr dies nicht mehr genügte, ergriff sie einen dicken Stod und schlug unbarbarisch auf das Kind ein. Schließlich gelang es dem Kleinen, seiner Peinigerin zu entfliehen. Er lief auf die Straße und setzte sich hier, bitterlich weinend, in eine Hausstude, wo ihm mitleidige Passanten auffanden, die sofort die Polizei benachrichtigten. Als ihn ein Schutzmann, der nicht wußte, um was es sich handelte, wieder zu seiner Mutter bringen wollte, sträubte sich das Kind buchstäblich mit Händen und Füßen dagegen und lief auch dem Schutzmann davon. Der bedauernswerte Kleine wurde wieder eingekerkert und sofort dem Sanitätsrat Dr. Diesterweg zugeführt, der einen geradezu erschreckenden Körperzustand bei ihm konstatierte. Der ganze Körper war mit dicken Striemen und Wunden bedeckt und wies allein nicht weniger als achtzehn offene Stellen auf. Hinter dem Ohr zeigte sich ein großer Bluterguß, das Ohr selbst war ziemlich weit eingerissen. Außerdem zeigte das Kind einen vollständigen Unterernährungszustand. — Gegen die unmenschliche Mutter wurde sofort Anzeige erstattet, die das jetzige Strafverfahren zur Folge hatte. Das Schöffengericht erkannte gegen die Angeklagte, die schon zweimal wegen Körperverletzung mit einem bezw. drei Monaten Gefängnis vorbestraft ist, auf eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. Dieses verhältnismäßig milde Urteil war der Angeklagten noch zu hart. Sie legte Berufung ein, kam jedoch dadurch aus dem Regen unter die Traufe. Das Gericht hielt durch die erneute Beweisaufnahme nicht den geringsten Anlaß für vorliegend, an dem schöffengerichtlichen Urteil etwas zu ändern. Wie der Vorsitzende ausführte, sei es ferner bedauerlich, daß nicht auch seitens der Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt worden sei, da dann das Gericht in der Lage gewesen wäre, die Strafe ganz erheblich zu erhöhen. Die Berufung wurde deshalb auf Kosten der Angeklagten verworfen. Außerdem wurde die Angeklagte, die sich bisher auf freiem Fuß befunden hatte, sofort in Haft genommen, da das Gericht Nichtverdacht für vorliegend erachtete. — Während dem Gerichtssaal gegen die Stiefmutter verhandelt wurde, erzählte der kleine Emil Weiland auf dem Korridor seine Leidensgeschichte. „Meinstwegen kann Mutter gleich hier bleiben. Vater gibt mir immer ein frohes Stroh Busch, Mutter hat mir aber immer hungern lassen und hat mir gehauen. Meinstwegen kann Mutter auch gleich tot sein!“

Verfammlungen.

K. d. W. Der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Geschäftinnen Deutschlands, Bezirk Berlin, beschäftigte sich in einer am 5. Juni im „Königshof“, Bülowstraße, einberufenen Versammlung mit den Mißständen im Kaufhaus des Westens.

Der Referent, Kollege Ido, wies darauf hin, daß die moderne Arbeiterkassen den Kampf gegen das Warenhaus nicht wie der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband aus Rastenburg führe, sondern lediglich aus sozialem Streben, zu Beseitigung der Auswüchse des Kapitalismus. Wir betrachten die Großbetriebe, also auch die Warenhäuser, als einen Kulturfortschritt, und gerade die Großbetriebe sind in der Lage, die besten Bedingungen für ihre Angestellten zu schaffen.

Die Art und Weise, wie im Kaufhaus des Westens das Personal engagiert wurde, fordert die Kritik heraus. Aus guten, langjährigen Stellen wurden die Kollegen und Kolleginnen wegengigert, man malte ihnen eine rosigere Zukunft vor, sagte ihnen auf ihre Fragen, nur sie allein seien für diesen oder jenen Posten engagiert, versprach ihnen dauernde Stellen und bot ihnen vor allen Dingen oft mehr Gehalt, als sie in ihren alten Stellen bezogen hatten.

Man kann es den Angestellten nicht verdenken, wenn sie auf diese Verprechungen hereinfielen, denn daß sie die Hereingelassenen waren, mußten sie leider nur zu bald erkennen. Es zeigte sich, daß für die einzelnen Posten nicht eine Person, sondern drei und vier engagiert waren, und bereits wenige Tage nach der Eröffnung erfolgte eine große Anzahl Entlassungen, die jetzt Ende Mai, also nach Pfingsten, zu Beginn der kalten Zeit, ihre Fortsetzung fanden. Man möchte das Personal mit den hohen Gehältern wieder los werden.

Es ist dem Personal verboten worden, als Nachbar des K. d. W. die Herren Jandorf zu bezeichnen. Beglückt ist dieser Verbot nicht, und dies um so weniger, als das Verhalten des Kaufhaus des Westens seinen Angestellten gegenüber der Öffentlichkeit schon wiederholt Gelegenheit gegeben hat, sich mit dieser Firma und ihrer Leitung zu beschäftigen. Eine Dame bekam infolge der Aufregung über die Behandlung einen Schreikrampf; darauf meinte einer der Vorgesetzten: „Kauschmerchen ist die beste Medizin!“ Diesen Vorgesetzten soll es auch nicht allzu wohl sein, es selbst ihnen gesagt, wenn sie nicht Personal entlassen, werden sie selbst entlassen werden. Auch die „Aufsichtsräten“ sind zum Teil mit täglicher Kündigung angestellt. Es ist der Leitung ganz sicherlich bekannt, daß diese Anstellungsverträge ungeschicklich sind, nur Ausfälle darf für eine bestimmte Zeit mit täglicher Kündigung angestellt werden, es muß aber nachweisbar sein, daß es sich tatsächlich um Ausfälle handelt.

Sitzgelegenheit ist vorhanden, aber die Angestellten hüten sich, die Dekorationsstücke zu benutzen.

Daß bei einer Firma, wie das Kaufhaus des Westens, der § 63, der auch in den Anstellungsverträgen in den Jandorfschen Filialen Aufnahme gefunden hat und wonach Gehalt in Krankheitsfällen nicht bezahlt wird, eingeführt ist, nimmt schon bald nicht mehr Wunder. Erstaunlicher sind schon die Konkurrenzkaufverträge. Es darf nicht vergessen werden, daß die Ursache zu den Konkurrenzkaufverträgen der Firma A. Wertheim eben das Kaufhaus des Westens war, daß über das Vorgehen der Firma Wertheim hohe Erregung herrschte und daß die Firma A. Jandorf erklärte, diese Klausel bei sich abschaffen zu wollen. Wir sehen, diese Klausel wurde nicht nur nicht abgeschafft, sondern sogar neu eingeführt, und zwar in das neu errichtete Kaufhaus des Westens.

Damit die Kaskulatur der Damen ausgebildet wird, müssen sie die Metalltuben an den Heizungen pufen. Die vorgeschriebene schwarze Kleidung stört dabei nicht weiter, zumal die Tuben mit alten Militärfloren gepulvt werden sollen. Sind die Damen ungeschickt, so erhalten sie von höchster Stelle aus Unterweisung. Aber immer wieder stößt man auf Undankbarkeit; so soll ein Volner, dem man das Bohren beibringen wollte, eine recht schmerzhaft fühlbare Antwort erteilt haben. Es sind im Kaufhaus des Westens natürlich nicht nur Aufsichtsräten angestellt, sondern auch Aufsichtsdamen. Die Tätigkeit der letzteren besteht zum Teil in unglücklichen Ueberwachen der Frühstückzeit und anderer Pausen. Wundern muß man sich, daß nicht mal familiäre Arbeitsräume in diesem ganz neuen Hause den gesetzlichen Bestimmungen entsprechen. Die Stadterpedition z. B. ist ein Kellergewölbe, ein enger Raum ohne Ventilation, in welchem sich wohl 20 Menschen aufhalten. Diesem Raum gegenüber befindet sich der Waschküchenraum und die Abfahstelle für schlecht gewordene Lebensmittel.



**Charlottenburg.**  
 Gauerstr. 19, Ulrich.  
 Gauerstr. 27, Genossenschaft „Produktion“.  
 Christstr. 18, Genossenschaft „Produktion“.  
 Dandemannstr. 46, Lehmann.  
 55, Ulrich.  
 Friedbergstr. 39, Ulrich.  
 Grolmannstr. 14, Ulrich.  
 Grünstr. 27, Bachmann.  
 Helmholzstr. 19, Ulrich.  
 Kaiser Friedrichstr. 43, Ulrich.  
 Kanalstr. 7, Leitner.  
 15, Orlow.  
 Kantstr. 109, Ulrich.  
 Knobelbacherstr. 48, Ulrich.  
 Krummstr. 57, Riechle.  
 Leibnizstr. 65, Ulrich.  
 Neblingstr. 21, Rohl.  
 Pestalozzistr. 42, Leitner.  
 12, Walter.  
 Potsdamerstr. 11, Bachmann.  
 Schillerstr. 17, Strauß.  
 42, Ulrich.  
 Sophie Charlottenstr. 80, Proell.  
 87, Ulrich.  
 Spandauerstr. 30, Ulrich.  
 Spreestr. 11, Pella.  
 Tauroggenstr. 10, Genossenschaft „Produktion“.  
 Tauroggenstr. 45, Ulrich.  
 Wallstr. 85, Ulrich.  
 Weimarerstr. 29, Konsumverein.  
 Wilmerdorferstr. 27, Konsumverein.  
 41, Ulrich.  
 163, Ulrich.  
**Friedrichsberg.**  
 Klumensholzerstr. 38, Weishe.  
 Rummelsburgerstr. 22, Opiß.  
 38, Berner.  
**Friedrichshof.**  
 Berlinerstr. 68, Selter.  
 102, Wolffert.  
**Franz. Buchholz.**  
 Gankowstr. 28, Ulrich.  
 Mühlenstr. 1, Breuß.  
**Groß-Zitthen.**  
 A. Berner.  
**Gennigsdorf.**  
 Karl Bolter.  
 Friedrich Bolter.  
 Wilhelm Bolter.  
 Hermann Bolter.

**Wibert Bude.**  
 Wilhelm Selter.  
 Beprenb.  
 Grafenberger.  
 Rahnkopf.  
 Rammig.  
 Rammig.  
 Fiale.  
**Hermendorf.**  
 Berlinerstr. 16a, Schaublin.  
 Hauptstr. 34, Herrmann.  
 Reptunstr. 36, Wante.  
 Serbadstr. 1, Ladewig.  
**Heiligensee.**  
 B. Kühne.  
 Gahrmann.  
**Hohen-Schönhausen.**  
 Rathhofer.  
**Köpenick.**  
 Bergmannstr. 6, Bergmann.  
 Ollendorferstr. 2, Peter.  
 Grünauerstr. 27, Krümer.  
 Kaiser Wilhelmstr. 104, Peter.  
 Müggelheimerstr. 41, Peter.  
 Rosenstr. 2, Peter.  
 Rudowstr. 25, Hein.  
 Schönenerstr. 12, Rudek.  
**Karlshorst.**  
 Dorotkestr. 27, Eichhorn.  
**Lichtenberg.**  
 Dorfstr. 82, Rindke.  
 Mittelstr. 30, Wittwin.  
 Frankfurter Allee 3, Bantisch.  
 Jansenstr. 17, Neundorf.  
 Jungstr. 14, Schröder.  
 Margarethenstr. 8a, Schaffer.  
 Oberstr. 25, Gollsch.  
 Wackerstr. 38, Heiler.  
 Schanowerstr. 34, Rübke.  
 Weichstr. 32, Bantisch.  
 Wilhelmstr. 57, Basse.  
 68, Gröbe.  
**Maricendorf.**  
 Chausseestr. 11a, Romack.  
 12, Wendt.  
 15, Papler.  
 67, Spiehlagen.  
**Nieder-Schönhausen.**  
 Beuthstr. 11, Krügerke.  
 Blantzenburgerstr. 18, Kühne.  
 Buchholzerstr. 8, C. Richter.  
 Wabstr. 21, Luz.

**Ober-Schönweide.**  
 Edlsonstr. 9, Peter.  
 Reichenstr. 2, Peter.  
 Reichenstr. 31, Peter.  
 Tabberstr. 2, Peter.  
 35, Seidelmann.  
**Pankow.**  
 Brechmestr. 62, F. Danke.  
 Dinsstr. 8, Henden.  
 Hauptstr. 32, Wäcker.  
 Kollankstr. 68, F. Danke.  
**Pläthensee.**  
 Charlottenstr. 12, Tiele.  
**Reinickendorf.**  
 Berlinerstr. 104, Rahl.  
 134, Gottschalk.  
 Grüner Weg 31/32, Rag Nordstr.  
 Hauptstr. 12/13, Holmer.  
 Proebitzstr. 51, Bangor.  
 80, Schwarz.  
 129, Schneider.  
 Resdenstr. 61, Witte.  
 105, Weishe.  
 118, Wolf.  
 Willestr. 62, Neue Berliner Genossenschaft „Rigdorf“.  
**Rigdorf.**  
 Müllerstr. 3, Verste.  
 46, Rebbt.  
 Bergstr. 12, Danke.  
 84, Schenck.  
 Berlinerstr. 16/17, Schilgall.  
 20, Voigtländer.  
 88, D. Danke.  
 Bodestr. 18, Bezer.  
 31, Zepf.  
 Oberstr. 1/2, D. Danke.  
 6, Kirchbäcker.  
 15/16, Lunkoth.  
 Emmerstr. 78, König.  
 Erlangerstr. 8, Weichler.  
 Falstr. 1, Bäckerei-Genossenschaft „Berlin“.  
 Kallstr. 25/26, Verste.  
 Friedenstr. 3, Wammul.  
 Gialowstr. 32, Kunz.  
 Heidebergerstr. 76, D. Danke.  
 Herdstraße, Hlmer.  
 Hermannstr. 19, Bäckerei-Genossenschaft „Rigdorf“.  
 Hermannstr. 28, Reicens.  
 54, Hildebrand.  
 118, Bantisch.

**Hermannstr. 159a, Hagen.**  
 170, Haler.  
 175, Stockmann.  
 231, Karl.  
 Herfurthstr. 26, Bruß.  
 34, D. Danke.  
 7, Bäckerei-Genossenschaft „Rigdorf“.  
 Herfurthplatz 10, Schuur.  
 Hoberstr. 71, Brode.  
 Hohenzollernplatz 6, D. Danke.  
 Jannstr. 30, Krause.  
 Jannstr. 7, Rech.  
 11, Bäckerei-Gen. „Berlin“.  
 Jägerstr. 63, Janscher.  
 Jannstr. 7, Orien.  
 Neue Jannstr. 33, Bula.  
 Karlsplatz 19, Bonnoch.  
 Kaiser Friedrichstr. 25, Bantisch.  
 84, Schmidt.  
 245, D. Danke.  
 Knefestr. 33, Gallert.  
 38, Wolf.  
 41, Weishe.  
 68, Richter.  
 146, Dydonsk.  
 Kropstr. 38, Bäckerei-Genossenschaft „Rigdorf“.  
 Kropstr. 45, Hoppe.  
 Krotzbauer Baum 108, D. Danke.  
 Köllnische Meer 72, Müller.  
 Leisingstr. 34, Verste.  
 Rahlowerstr. 6, Bantisch.  
 Waingerstr. 15/16, Brunner.  
 56, Dähler.  
 Rühnenerstr. 18, Wöller.  
 25/26, Bäckerei-Genossenschaft „Rigdorf“.  
 44, Weishe.  
 Rantenerstr. 33, Schul.  
 Reichenstr. 10, Bach.  
 Rogastr. 32, Orsdal.  
 Rannierstr. 4, Reimer.  
 13, Reichgenuth.  
 20, Rantner.  
 27, Rahlger.  
 57, D. Danke.  
 Rühnenerstr. 70/71, Linsener.  
 Prinz Handwerkerstr. 58, Bantisch.  
 70, Schmidt.  
 Reuterstr. 33, Speltshöfer.  
 76, Rehm.  
 94, Lehmann.  
 Richardstr. 63, Lüdke.  
 Schadowstr. 9, Bäckerei-Genossenschaft „Rigdorf“.

**Selkowerstr. 23/24, Grünhagen.**  
 Sieglestr. 48, Winkel.  
 Steinmehstr. 34, D. Danke.  
 39, Semmlieben.  
 46, Verste.  
 121, Ludwig.  
 129, Bäckerei-Genossenschaft „Berlin“.  
**Thomasstr. 37, Reibig.**  
 Thuringerstr. 7, Bantisch.  
 18, Stein.  
 Warthestr. 9, Giesler.  
 15, Bonenk.  
 Weichstr. 18, Hagemann.  
 31, Schwarz.  
 55, Reichgenuth.  
 60, Hagenberg.  
 Weichstr. 2, Bäckerei-Genossenschaft „Rigdorf“.  
 Weichstr. 24, Bäckerei-Genossenschaft „Berlin“.  
 Weichstr. 28, Winda.  
 73/74, Wolf.  
 Weiserstr. 47, Bies.  
 108, Weishe.  
 Wielandstr. 27, Reich.  
 Wilmannstr. 7, Troster.  
 29, Strüger.  
 Zietenstr. 20, Bäckerei-Genossenschaft „Rigdorf“.  
 Zietenstr. 41, Bezer.  
**Rudow.**  
 Köpenickerstr. 84, Weigt.  
**Schöneberg.**  
 Barbarossastr. 67, Wehl.  
 Belgierstr. 61, Kernchen.  
 Gersstr. 48, Reib.  
 Giesenerstr. 63, Rahlger.  
 Gromannstr. 5, Kulinsk.  
 Frankstr. 2, C. Danke.  
 Gustav Müllerstr. 35, Schmidt.  
 48, Ved.  
 Rühlhäuserstr. 2, Vaul.  
 Röllendorferstr. 40, Danke.  
 Sedanzstr. 18, Strud.  
**Schönerrinde.**  
 Dorfstr. 50a, C. Weege.  
**Selchow.**  
 C. Schulze.  
**Spandau.**  
 Köpenickerstr. 6, Bahl.  
**Stolpe.**  
 Gutzkow.

**Tegel.**  
 Bernstr. 41, Rothert.  
 Eggelstr. 99, Mahler.  
 Schlieperstr. 59, Schwang.  
 67, König.  
 Schloßstr. 27, Peterjohn.  
 Schulstr. 1, Sinnig.  
**Treptow.**  
 Beermannstr. 6, Fried.  
 Eilenstr. 38, Wesle.  
 Niehofstr. 33/34, Weiser.  
**Stralau.**  
 Alt-Stralau 49, Hartung.  
**Weißensee.**  
 Berlinerstr. 87, Davenburg.  
 Charlottenburgerstr. 76, Hoffmann.  
 78, A. Witz.  
 79, Schabwinkel.  
 88, Emil Engel.  
 Rollenbergerstr. 148, Frösch.  
 Feldmannstr. 164, Strien.  
 Friedrichstr. 1, Rohl.  
 Friedrichstr. 23, Thiele.  
 Generalstr. 12, Müller.  
 Gählerstr. 60, Witz, Engel.  
 45, Hoffmann.  
 48, Kulonsk.  
 56, Wap.  
 König-Charlauer 72, Hoffmann.  
 Langhausstr. 75, Rauber.  
 Leberstr. 1, Hoffmann.  
 119, Kilm.  
 Lotzingerstr. 35, Hoffmann.  
 Bistoriusstr. 8, Nassau.  
 Prenzlauer Chaussee 3/4, Rahlger.  
 Röhstr. 127, Hoffmann.  
 Wilhelmstr. 23, Drems.  
 39, Schwarz.  
**Walderrdorf.**  
**O. Sparr.**  
**Wilhelmsdorf.**  
 Obelwehstr. 11, Lube.  
**Wilmerdorf.**  
 Brandenburgischestr. 9/10, Tammert.  
 Sigmaringenstr. 8, Groß.  
**Wittenau.**  
 Lützstr. 74, D. Richter.  
**Zehlendorf.**  
 Berlinerstr. 68, Hartner.

Die Milchgeschäfte von Günther, Waldstr. 57, und Röhr, Turmstr. 72, haben Plakate, bezichen aber aus unbewilligten Bäckereien. Als unser Kontrolleur das Plakat abholen wollte, wurde er hinausgeworfen.

Der Brotfabrikant Heinrich Wittler, Müllerstr. 33/34, hat die Unterschrift der Bewilligung, die sein Bruder gegeben hatte, zurückgezogen, dann hat er ebenfalls versucht, einzelne ältere Kollegen als Streikbrecher zu kaufen, um alle übrigen, teils lange Jahre bei ihm tätige Familienväter, auf Straßenspaster zu werfen, was natürlich ebenfalls mißlang. Die hierauf angebahnten friedlichen Verhandlungen, an denen außer den Arbeitern noch Werner vom Transportarbeiter-Verband und Frischold vom Bäcker-Verband teilnahmen, scheiterten, weil der reichgewordene Wittler kurz und schroff den Arbeitern mit folgenden Worten die Türe wies: „Wenn nicht paßt, der geht und mit den Verbänden überhaupt will ich in Zukunft nicht mehr zu tun haben!“ Wittler ist mit Obermeister Schmidt und Liebig-Reinickendorf in der Leitung der Großbetriebsvereinigung, daher die Scharfmacherstellung. — Die Verbandsmitglieder haben darauf einmütig die Arbeit niedergelegt.

Die Wottner'sche Großbäckerei hat ihre Bewilligung in der hinterhältigsten Weise durchbrochen, sogar die Arbeiter noch verhöhnt. Die Verbandsmitglieder denen die Firma sogar einen Judaslohn von 20 Mark für Streikbruch anzubieten wagte, haben hierauf einmütig die Arbeit niedergelegt, worauf Herr Wottner versuchte, Arbeitswillige durch die Zimmungen und seinen Freund, den bekannten Kommissionär Knuth, Krautstr. 33, der den Gesellen 3-10 Mark und mehr für jede elende Arbeit abnimmt, einzustellen.

Durch den Hefe-Terrorismus der Bäcker-Zimmungen waren, nur um am Sonnabendabend Hefe zu erlangen, 25 Bäckereimeister gezwungen worden, im Zimmungshause, Chausseestr. 110, die Zurückziehung der Bewilligung der Gesellenforderungen zu unterschreiben. Der größte Teil davon hat aber sofort in derselben Nacht oder am anderen Tage der Streikleitung erklärt, daß die Unterschrift bei der Zimnung nur eine unter den Umständen erzwungene und daher ungültige sei. Nach Recherche durch die Streikleitung haben folgende Bäckerei-Inhaber erklärt, daß sie die

**Bewilligung dauernd zurückziehen:**

- |                                    |                                              |                                            |
|------------------------------------|----------------------------------------------|--------------------------------------------|
| <b>Paul Zastrow, Stromstr. 33.</b> | <b>August Boekisch, Rostigstr. 9.</b>        | <b>Ferd. Susiat, Rigdorf, Falkstr. 21.</b> |
| <b>Otto Mörbe, Rostigstr. 49.</b>  | <b>F. Lorenz, Rigdorf, Steinmehstr. 131.</b> | <b>Ernst Barth, Dronheimerstr. 13.</b>     |
|                                    | <b>Reinhold Kruppe, Wöttcherstr. 5.</b>      |                                            |

Außerdem haben noch zurückgezogen: F. Dähne, Stralauer Allee 23, und Schön, Mühlenstr. 51. Wir bitten das verehrliche Publikum, diese Namen in dem am Sonntag erscheinenden Flugblatt zu streichen.

**Mitbürger! Arbeiter! Hausfrauen!**

Unterstützt die um **Schäpfung ihrer Menschenrechte** streifenden Bäckergejellen.

Die verehrliche Bevölkerung von Berlin und Umgegend fordern wir hierdurch auf, falls sie aus bewilligten Bäckereien Ware haben wollen, in denjenigen Stadtvierteln oder Straßenzügen, wo **keine bewilligt habende Bäckereien vorhanden** sind, an untenstehende

**Kundensammelstellen**

ihre Adresse gelangen zu lassen und zugleich mitzuteilen, wie viel Backware und Brot sie täglich brauchen und um welche Zeit die Ware geliefert werden soll.

Die Streikleitung wird dafür sorgen, daß den sich Meldenden auf dem schnelligsten Wege die Ware ins Haus geliefert wird.

- Auf Wunsch der dortigen Bevölkerung haben wir vorläufig folgende Kundensammelstellen eingerichtet:
- |                                                                                                                |                                                                   |                                                                |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------|
| <b>Goehnow, Parochialstr. 36.</b>                                                                              | <b>Gronau, Reinickendorf-West, Waldstr. 65.</b>                   | <b>Schmidt, Schwerinstr. 12, Hof IV.</b>                       |
| <b>Goedke, Moabit, Calvisstr. 6, linker Seitensügel 1 Tr.</b>                                                  | <b>Otto Wedermann, Steglitz, Fichtestr. 71, v. L.</b>             | <b>Günfel, Alte Jakobstr. 172, Hof I L.</b>                    |
| <b>Petermann, Moabit, Birkenstr. 28, Ecke Stephansstraße.</b>                                                  | <b>Winkelmann, Steglitz, Schloßstr. 104, Hof II.</b>              | <b>H. Rieph, Grünramhändler, Camphausenstr. 5.</b>             |
| <b>Eduard Nothe, Flensburgerstr. 24.</b>                                                                       | <b>Steglich, Niederlage Forststr. 23, Restaurant Paul Gölzow.</b> | <b>Mittlich, Restaurateur, Wilmerdorf, Berlinerstr. 37.</b>    |
| <b>Walter Sieber, Buchbinder, Lippehnerstr. 24.</b>                                                            | <b>August Zhrle, Weißensee, Straßburgstr. 27.</b>                 | <b>Ferner die Verkaufsstellen des Berliner Consum-Vereins:</b> |
| <b>Hermann Varentin, Tüfiterstr. 81.</b>                                                                       | <b>G. Wallberg, Kaiser Wilhelmstr. 18 n, Restaurateur.</b>        | <b>Michaelkirchplatz 4; Krautstr. 7; Zorndorferstr. 61;</b>    |
| <b>Otto Schellenberg, Weichenburgerstr. 57</b><br>(erbielt sich, den Kunden kostlos Brot ins Haus zu bringen). | <b>A. Werner, Chlauerstraße.</b>                                  | <b>Liebigstr. 7; Kopernikusstr. 33; Rostockerstr. 35;</b>      |
| <b>Paul Dietrich, Friedenau, Lanterstr. 22 II.</b>                                                             | <b>Ender, Friedrichsberg, Kronprinzenstr. 17, Seitensügel I.</b>  | <b>Havelbergerstr. 6; Emdenerstr. 50; Grassmüßstr. 5;</b>      |
| <b>Ferdinand Krause, Hohen-Schönhausen, Berlinerstr. 66.</b>                                                   | <b>Pöhl, Lichtenberg, Pfarrstr. 74.</b>                           | <b>Rummelsburg, Türschmidtstr. 6; Lichtenberg-Friedrichs-</b>  |
| <b>Emil Witte, Pankow, Florastr. 45.</b>                                                                       | <b>Thieffen, Milchhändler, Lichtenberg, Hagenstr. 56.</b>         | <b>berg, Frankfurter Chaussee 103; Kronprinzenstr. 1;</b>      |

Wo das Bedürfnis vorhanden, werden wir auf Wunsch weitere Sammelstellen einrichten. Bäckereimeister, die gewillt sind, auch für weitere Touren Lieferungen zu übernehmen, bitten wir, ihre Adresse im Streikbureau niederzulegen.

Falls bei der Lieferung im Anfang nicht alles nach Wunsch gehen sollte, bitten wir die verehrliche Bevölkerung um Nachsicht, aber bei der Hartnäckigkeit unseres Gegners um **energische Ausdauer.**

**Achtung! Radfahrer!** Arbeitslose Radfahrer, falls sie gewillt sind, uns zu unterstützen, bitten wir herzlich, im Streiklokal vorzusprechen oder ihre Adresse dort abzugeben

**Die Streikleitung.**

**Achtung! Maurer! Achtung!**

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 10 Uhr, bei Freyer, Koppenstr. 29:

**General-Versammlung**  
der Freien Vereinigung der Maurer Deutschl.  
Ortsverwaltung Berlin.

Tages-Ordnung:

**Welche Maßnahmen treffen wir zur neuesten Taktik der Unternehmer?**

Kollegen, erscheint alle Mann in dieser hochwichtigen Versammlung!  
Mitgliedsbuch legitimiert! Der Vorstand.

**Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.**

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 9. Juni cr., vormittags 10 Uhr  
für das gesamte Zweigvereinsgebiet

**drei Mitglieder-Versammlungen.**

Für den Norden und die bei **Ballschmieder**, Badstr. 16.

Für das übrige Berlin sowie bei **Buggenhagen**, Moritzplatz.

Für alle westlichen Vororte bei **Obst**, Schöneberg, Weiningerstr. 8.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

**Der Stand unserer Bewegung u. unsere weiteren Maßnahmen.**

In Anbetracht der Tagesordnung ist das Erscheinen aller Kollegen Pflicht.

Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Zutritt. 34/13\*

Die Zentral-Streikkommission.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1987

Montag, den 10. Juni, abends 8 Uhr,  
finden in folgenden Lokalen

**Bezirks-Versammlungen**

statt.

Für **Norden**: in den Germania-Sälen, Chaussee-  
straße 110 und Ballschmieder, Badstr. 16.

Für **Moabit**: in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47.

Für **Osten**: in Cranz' Pracht-Sälen des Ostens,  
Frankfurter Allee 152.

Für **Süden**: in der Urania, Wrangelstr. 10-11, in  
der Drachenburg, Vor dem Schlesischen Tor und  
in Giesings Festsälen, Wassertorstr. 68.

Für **Westen und Schöneberg**: bei  
Zühlke, Dennowitzstr. 13.

Für **Charlottenburg**: im Volkshaus,  
Rosinenstr. 3.

Für **Rixdorf**: in Thiels Fest-Sälen, Bergstr. 152.

Für **Rummelsburg**: in Tempels Lokal,  
Alt-Boxhagen 56.

Für **Weißensee**: in Roßkopfs Lokal, König-  
Chaussee 38.

Für **Steglitz**: in Schellhases Lokal, Ahornstr. 15a.

Für **Tegel und Umgegend**: in Trapps  
Festsälen, Bahnhofstr. 1.

Für **Köpenick**: in Schüllers Lokal, Hohenzollern-  
platz 6.

Für **Spandau**: in Kumbkes Festsälen, Schön-  
walderstr. 80.

Für **Oberschöneweide**: in Kaufholds  
Lokal, Wilhelminenhofstr. 18.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung vom Verbandstag. 2. Diskussion.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.  
Kollegen und Kolleginnen! Da ein jedes Mitglied unserer Organisation  
von den Beschlüssen resp. Verhandlungen unseres Verbandstages unter-  
richtet sein muß, so ist es Ihre Pflicht, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**Dr. Simmel**

Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

**Dr. Schünemann**

Spezial-Arzt für 44112\*  
Haut- und Harnleiden,  
Frauenkrankheiten.  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.  
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Praktisch! Reinlich!  
Sparsam!

8866L\*

**Spiritus-Kocher**  
für Haus und Reise.  
Centrale für Spiritus-Verwertung  
Berlin NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!

**Ausverkaufs**

soweit Vorräte reichen.

Unglaublich billig!



**-Angebote**

soweit Vorräte reichen.

Unglaublich billig!

Die Preise sind teilweise bedeutend unter dem Einkaufswert

Herren-Sommer-Joppen	85 Pfg.
Herren-Lüster-Jackets	2 M. 25
Herren-Wasch-Westen	von 75 Pfg. an
Knaben-Wasch-Anzüge	von 1 M. 10 an
Knaben-Wasch-Blusen	von 50 Pfg. an
Herren-Stroh Hüte	50 Pfg. und 25 Pfg.

**Baer Sohn**

Spezialhaus größten Maßstabes

Chausseestrasse 29-30 • 11 Brückenstrasse 11  
alte Nr. 244/25  
Gr. Frankfurterstr. 20

Der Haupt-Katalog Nr. 31 (neueste Moden 1907) wird auf Wunsch kostenlos zugesandt.

**Zentralverband der Maurer Deutschlands**

Zweigverein Berlin. Sektion der Putzer.

**Achtung! Putzer. Achtung!**

Heute Sonnabend, den 8. Juni, vormittags 10 Uhr, im Luisenstädtischen Konzert-  
haus, Alte Jakobstr. 37:

**Versammlung**  
der **Streikenden und Ausgesperrten.**

Tagesordnung:

Der Stand unserer Bewegung.

Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe keinen Zutritt. 3. H.: E. Schulze.



Heute Sonnabend, den 8. Juni 1907:

**Große Mondscheinfahrt Musik**

von der Dampferstation Michaelbrücke nach Gasselwerder bei Zehrnich.

Abfahrt 9 1/2 Uhr. Preis hin- u. zurück 50 Pf. Ferner Sonntag, 9. Juni:

**Extrafahrt nach Woltersdorfer Schleuse.**

Abfahrt früh 8 1/2 Uhr, nachm. 2 1/2 Uhr. Preis hin und zurück 50 Pf.

Dampfer sind auch nach Sonntags billig zu vergeben. 51162\*

G. Zachow, Reeder.

**Blitz=Schnell**  
kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72,  
Station im Hause. Gasteille Pringenstraße. Empfehlung:  
1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,  
1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,  
auch für torpente Herren passend.  
Dieselben sind von feinen Kapazitäten und Reisenden, die nur einen  
Monat ihre Garderobe tragen. 51162\*  
Fahrgeld wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

**Verband der baugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.**

Zweigverein Berlin und Umgegend.

Verbandsbureau: Engel-Ufer 16. pt. Telephone: Amt IV Nr. 4499. Telephone: Amt IV Nr. 4499.

**Versammlungs-Anzeige:**  
Sektion der Putzerträger.

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 11 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung  
in „Wernau Festsälen“, Schmiedestr. 23.

Sektion der Töpferträger.

Montag, den 10. Juni, abends 8 Uhr: Mitglieder-Versammlung  
im „Rosenthaler Vereinshaus“, Rosenthalerstr. 57.

Sektion der Rohrer.

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung  
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal V).

Sektion der Fahrstuhl Arbeiter.

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung  
bei Jannasch, Inselstr. 10.

Gruppe d. Brunnenbauer u. Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung  
bei J. Meyer, Dramenstr. 103.

Sektion der Dachdecker-Hilfsarbeiter.

Sonntag, den 9. Juni, vorm. 10 Uhr: Mitglieder-Versammlung  
im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal VII).

Tages-Ordnung:

Unsere Lohnbewegung.

Das Erscheinen aller Kollegen ist notwendig. Der Zweigvereinsvorstand.



Russische Beamtenuntreue in Mecklenburg.

(Telegraphischer Bericht.)

Schwerin, den 7. Juni 1907.

In der heutigen Sitzung wurde zunächst als Sachverständiger Oberlandesgerichtsdirektor Kols

bernommen. Er hat die Bücher seit dem Geschäftsjahr 1892/93 durchgesehen. In den ersten Jahren arbeitete die Verwaltung mit großen Heberschüssen. 1892/93 betrug der Heberschuss 21 045 M., 1893/94 sogar 41 000 M. Der letzte Heberschuss erklärt sich allerdings daraus, daß in diesem Jahre die Verpflegungszuschüsse erhöht wurden. 1894/95 betrug der Heberschuss 39 000 M., 1895/96 29 000 M., 1896/97 sank der Heberschuss auf 14 000 M., 1897/98 betrug das Defizit 20 000 M., 1898/99 23 000 M., 1899/1900 29 000 M., 1900/01 44 000 M., 1901/02 55 000 M.; 1902/03 sank das Defizit auf 30 000 M. In diesem Jahre sind allerdings auch wieder die Zuschüsse erhöht worden. 1903/04 war ein Zuschuss von 34 000 M. erforderlich, 1904/05 von 35 000 M.

Es wird dann zur Vernehmung des Angeklagten

Hoffschlächtermeisters Bild

übergegangen. Bild gibt an, er habe 1899 das Geschäft von seinem Vater übernommen. Schon damals hatte das Geschäft die Fleischlieferungen für Sachsenberg. Zwei Jahre später habe er dann auch noch die gesamten Postlieferungen bekommen. Die Lieferungen wurden jedes Jahr neu ausgeschrieben. Die Beträge der Submissionen blieben aber immer dieselben, obwohl der Konsum gestiegen war; die Annoncen in den Zeitungen waren seit 20 Jahren immer dieselben.

Vert. Sells: Von wem sind die Submissionsschreiben ausgegangen? — Sachverh. Kols: Ich glaube, Schulze hatte plein pouvoir (unbeschränkte Vollmacht) zum Kauf. — Vert. Sells: Das Schreiben sind alle vom Chefarzt unterschrieben. — Vert. Sells: Das wollte ich nur festgestellt wissen.

Hoffschlächtermeister Karl Legow

bernommen. Er liefert jetzt für Sachsenberg das Fleisch. Wie er angibt, werden jetzt 2. R. ganze Hälften dorthin geliefert, im Verträge seien aber besondere Preise festgesetzt für den Fall, daß Braten oder besondere Sachen verlangt werden. Zeuge gibt dann noch Auskunft, wie die Lieferung bei anderen Anstalten, deren Lieferant er war, gehandhabt wird. Die Lieferung ist von derselben Art wie überall.

Schulze gegen Bild — Bild gegen Schulze.

Auf weiteres Befragen gibt Angekl. Schulze an, er habe in der letzten Zeit dem alten Bild vielleicht ein- oder zweimal das Fleisch bezahmt, später nicht mehr. Bild suchte sich immer an ihn heranzubringen und ihn über die Lieferungen nach Sachsenberg auszufragen. Schließlich sagte Bild einmal, wenn er die ganzen Lieferungen bekomme, solle es nicht sein, Schulzes Schaden sein. Bild habe auch mehrmals Geld gegeben einige Male 100 M., nach Abschluß eines Kontraktes 500 M. In den letzten drei Vierteljahren glaubt Schulze etwa 1000 M. bekommen zu haben, es können aber auch 1500 und etwas mehr sein.

fragte ihn nach dem Grunde, aus dem mir die Lieferung nicht übertragen sei. — Vert.: Aber das war doch erst 1903, jenes Gespräch aber 1902. — Angekl. Bild: Ich hatte während der drei Jahre keine ruhige Minute. Schulze schikanierte mich in jeder Weise; ich setzte bei den Lieferungen noch Geld zu. — Vert.: Sie haben sich aber immer wieder um Lieferungen bemüht und dieselben bekommen. Deshalb soll denn Schulze sich grundlos eines so schweren Verbrechens beschuldigen? — Angekl. Schulze erklärt auf wiederholte Vorhaltungen des Vorsitzenden, was er gesagt habe, sei die volle Wahrheit. Obwohl das gegen seine Pflicht war, habe er die Preise der anderen Submittenten mitgeteilt. Nie habe er gedroht. Die Geschichte mit den Säufen sei Lüge. Von der Lieferung habe er allerdings eine Gans für sich zurückgewogen und nicht bezahlt. — Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß der Angeklagte Schulze sich zuerst wie ein Löwe verteidigt und erst allmählich den Sachverhalt richtig angeben habe. — Angekl. Bild gibt zu, daß Schulze in einem Brief 10 Proz. gefordert habe, im nächsten Jahre habe er 5 Proz. gefordert. Vor dem Untersuchungsrichter habe er bestritten, daß Prozente abgefordert seien, weil er mit den Gerichten nie etwas zu tun gehabt habe.

Auf Veranlassung der Verteidigung soll noch ein Junungs-Obermeister aus Hamburg geladen werden.

Die Betrugsfälle des Hoffschlächtermeisters Bild

sollen darin bestehen, daß in den Rechnungen höhere Warenposten eingestrichelt wurden, als wirklich geliefert waren. Der Angekl. Bräutigam gibt hierzu an, vom Jahre 1888 bis 1902 war ich als Schreiber in der Anstalt Sachsenberg beschäftigt. Ich bezog ein Monatsgehalt von 90 M. bei freier Station, wiewohl ich 14 Jahre in Sachsenberg angestellt war. Meiner Mutter mußte ich mit erhalten. Das tägliche Gehalt war der Anlaß meiner Schuld. Für die Aufstellungen der Rechnungen für Bild, Barth und einige Lieferanten erhielt ich etwa 50 bis 60 M. Trinkgelder vierteljährlich. In den Rechnungen stand mehr als geliefert ward. (Große Bewegung.) Das geschah auf Anregung des Herrn Bild. (Erneute Bewegung.) Bild hatte mir für Ausschreibungen der Rechnungen 20 bis 25 M. vierteljährlich versprochen. Er zahlte aber nicht und sagte dann, ich sollte mehr aufschreiben, von dem, was zuviel hineinkomme, wolle er dann eine Entschädigung an mich leisten. Die Aufschläge wurden im allgemeinen auf fast alle Waren gemacht. Hieron erhielt ich etwa 300 bis 400 M. jährlich. Die Aufschläge selbst waren bei weitem höher.

Der Angekl. Buchhalter Müller gibt an, ein richtiges Kassensbuch wurde bei Bild nicht geführt. Die Kassenbücher nahm Frau Bild nach hinten. Schuldenbücher und Kladden hat sie wiederholt unter dem Buchstapel verbrannt. 1905 war das Buch noch da, da stellte ich mit Bild zusammen, was Schulze seit 1901 für Fleisch schuldig war. Daß Aufschläge gemacht wurden, wußte ich. Bild sagte mir, er habe das dem Bräutigam erlaubt. Es wurden etwa 75 bis 125 M. im Quartal aufgeschlagen. Als Hinzpeter an Stelle Bräutigams trat, habe ich ihm den Vorschlag gemacht, auch aufzuschlagen und den Betrag zu teilen. Das tat Hinzpeter auch. Bild hielt sich einmal darüber auf, daß Hinzpeter sogar 160 Kilogramm aufgeschlagen hatte. Der Angekl. Hinzpeter gibt zu, daß er aufgeschlagen habe, jährlich habe er etwa 900 bis 1000 M. davon gehabt. Der Aufschlag war auch zugunsten von Bild. Bild habe ihm gesagt: „Run sorgen Sie auch ein bißchen für mich“. Durch die Aufschläge hat Bild etwa 60 bis 80 M. im Quartal verdient.

Angekl. Bild bestreitet alles. Er habe Hinzpeter 100 M. gegeben, aber nicht gesagt, daß Aufschläge gemacht werden sollen. — Vert.: Wie kamen Sie dazu, 100 M. zu geben? — Angekl. Bild: Nun, wenn man für 18 000 M. Lieferungen hat, dann spielen 100 M. keine Rolle. — Vert.: Wofür haben Sie 100 M. gegeben? — Angekl. Bild: Für die Ausstellung von Rechnungen. — Vert.: Wofür haben Sie aber dem Bräutigam früher nur 20 M. gezahlt. Wie sollen denn die Angeklagten zu dieser Ausgabe kommen? — Angekl.: Das weiß ich nicht. — Vert.: Dann stehen wir vor einem Rätsel. Die drei Angeklagten haben monatelang in Untersuchung gesessen, unter Tränen und nach schweren Kämpfen haben sie dem Untersuchungsrichter erst das Geständnis gemacht. Nun sollten sich die Angeklagten selbst eines schweren Verbrechens bezichtigen, wenn daran kein wahrer Wort wäre? — Angekl. Bild: Ich glaube nicht, daß ich dem Angeklagten das gesagt habe. (Stürmisches Geschrei.) — Vert.: Haben Sie auch nicht gesagt: Sorgen Sie für mich? — Angekl. Bild: Vielleicht habe ich gesagt, er solle sehen, daß die Rechnungen immer in Ordnung sind. — Vert.: Das ist doch eine sehr verhängnisvolle Redensart.

Hierauf wird die Verhandlung auf morgen, Sonnabend, früh verlagert.

Vermischtes.

Zum zweitenmal zum Tode verurteilt. Dortmund, 7. Juni. Der Arbeiter Adam Kurtsch, der am 27. Oktober v. J. den Betriebsführer Fabne der Zeche „Gildauf Tiefbau“ erschossen hatte, war in der letzten Schwurgerichtsperiode zum Tode verurteilt worden. Auf Revision des Verurteilten war das Urteil vom Reichsgericht aus formalen Gründen aufgehoben worden. In der gestrigen Sitzung des Schwurgerichts, die bis in die frühen Morgenstunden dauerte, wurde Kurtsch wiederum zum Tode verurteilt. Die Geschworenen wollten ein Gnabengefuch einreichen.

Der wegen zweifachen Mordes zum Tode verurteilte Hoffschlächter Libera in Deuthen Ober-Schl. hat die Wiederannahme des Verfahrens beantragt, um weitere Morde aufzuklären.

Lawinensturz. Eine verheerende Lawine versperrte das Ährertal, so wird aus Wladislaw gemeldet. Mehrere Joch Wald wurden vernichtet, zahlreiches Vieh ist getötet.

Von einem verheerenden Hyphon ist die Stadt Karachi heimgesucht worden. Kaum ein Gebäude blieb verschont; mehrere Dampfer wurden aus Ufer geschleudert. Menschen sind nicht un- gekommen.

Bücherrevisor Oberlandesgerichtsdirektor Kols stellt fest, daß das Buch des Angeklagten Bild über die Vieheinläufe, worin auch Sachsenberg in Frage komme, fehle. Vom Jahre 1904 waren die Tageseinnahmen vorhanden. Der Sachverständige

Deutsche Nord-Ostsee-Fischhallen Johs. Skorczyk. Verkaufsstelle A. (Fernsprecher IV, 3790, 8376): Schönhauser Allee 144. Verkaufsstelle B. (Fernsprecher III, 5376): Bad-Straße 67, Ecke Hoch-Straße. Haltestelle der Straßenbahnl. No. 10, 33, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 54, 57 und V. sowie Omnibus 34. Fischkotelettes und Fischkarbonaden bratfertig — täglich frisch — Pfd. 50—60 Pf.

Frische Fische Gute Fische





# Kaufhaus Max Mannheim

Ecke Königsberger Strasse • Frankfurter Allee 109-110 • Ecke Königsberger Strasse

## Vorteilhaftes Angebot für die Reise.

### Waschstoffe

Blusenzephir, gestreift und kariert Mtr. 45 38 28 Pl.  
 Baumwollene Mousseline Mtr. 48 38 30 Pl.  
 Kleiderleinen, weiss, linit., à jour Streifen Mtr. 28 Pl.

Extra-Angebot:  
 Leinen-Rock mit breit. aufgesetztem Spitzen-Volant 2<sup>95</sup>

### Halbfertige Roben

Leinen-Robe, linit., in weiss und farbig, mit Einsätzen garniert 10<sup>50</sup> 7<sup>50</sup>  
 Leinen-Robe, farbig und weiss, mit Einsätzen garniert 35 bis 27<sup>50</sup>  
 Ind. Mull-Bluse, halbfertig, mit gesticktem Vorderteil 2<sup>25</sup> 1<sup>95</sup>

### Herren - Artikel

Herren - Strohhut, Kniffform Stück 85 Pl.  
 Herren - Strohhut, runde Form Stück 68 Pl.  
 Ein Posten Waschwesten in verschiedenen Grössen Stück 1<sup>85</sup>  
 Rucksack, für Reise und Jagd, mit Aussenfische Stück 1<sup>65</sup>  
 Hängematten Stück 3<sup>50</sup> 2<sup>75</sup> 1<sup>95</sup>  
 Sonnenschirme, weit unter Preis Stück 1<sup>95</sup>

Polsterbettstellen 10<sup>50</sup> 9<sup>50</sup> 7<sup>75</sup> 6<sup>95</sup> 5<sup>75</sup>  
 Polsterbettstellen mit Sprungfedern 15<sup>00</sup> 13<sup>50</sup> 12<sup>00</sup> 9<sup>00</sup>

### Herren- u. Knaben-Konfektion

Tennis- und Loden - Anzüge für Herren von 10<sup>50</sup> für Knaben von 4<sup>00</sup> an.  
 Loden-Pelerinen für Herren von 10<sup>00</sup> für Knaben von 6<sup>00</sup> an.  
 Wasch- und Lustre-Sacco für alle Figuren von 1<sup>50</sup>  
 Ferien-Anzüge für Knaben und Jünglinge von 2<sup>25</sup>

• • • Spezial-Katalog auf Wunsch franko. • • •

### Damen-Putz

Ein grosser Posten Modellhüte herabgesetzt bis zur Hälfte des Wertes

In dieser Woche werden Hüte, sobald die Zutaten bei mir gekauft sind, gratis garniert.

### Damen - Wäsche

Taghemden mit handgestickter Passe 2<sup>90</sup> 2<sup>50</sup> 1<sup>70</sup>  
 Beinkleider, Renforcé mit Stickerel 2<sup>00</sup> 1<sup>65</sup> 1<sup>45</sup>  
 Nachtjacken, gestreift Sella oder Körper-Barchent 2<sup>40</sup> 2<sup>00</sup> 1<sup>50</sup>  
 Herrenhemden, Hemdenfuch mit Falten 2<sup>50</sup> 2<sup>25</sup> 1<sup>95</sup>

Schürzen in reichhaltiger Auswahl und in allen Grössen.

Harmonikabettstellen 10<sup>50</sup>  
 Bettsäcke, mit und ohne Patentverschluss, von 1<sup>75</sup> bis 10<sup>50</sup>

### Damen-Konfektion

Ein Posten **Kostüme** in den modernsten Fassons aus Ia Tuch-Cheviots und engl. Stoffen

Ein Posten **Mäntel** in Sacco und anschliessenden Fassons, Lift boy, Boleros u. Frauenmäntel aus Tuch- u. Ripastoffen

Serie	I	II	III	IV	V	VI	VII
Wert bis	9 <sup>00</sup>	16 <sup>00</sup>	19 <sup>75</sup>	27 <sup>00</sup>	35 <sup>00</sup>	45 <sup>00</sup>	52 <sup>00</sup>
Wert bis	32,00	36,00	45,00	52,00	59,00	79,00	90,00
Wert bis	7 <sup>95</sup>	10 <sup>75</sup>	15 <sup>75</sup>	17 <sup>75</sup>	22 <sup>50</sup>	27 <sup>50</sup>	35 <sup>00</sup>
Wert bis	13,50	20,00	25,00	28,00	34,00	48,00	65,00

Staub- und Reisemäntel in den neuesten Farben und Stoffen von 3<sup>95</sup> aufwärts

Kostümröcke fuselrei, in den modernsten Fallentagen, aus Alpaca u. engl. Stoffen von 2<sup>95</sup> aufwärts

Tailen-Kleider in geschmackvollen Fassons, aus Mousseline, in den neuesten Mustern und Farben 11<sup>25</sup> 16<sup>50</sup> 20<sup>00</sup> 27<sup>00</sup> 33<sup>00</sup> 36<sup>00</sup>

### Schuhwaren

1 grosser Posten Damen-Schnürstiefel, mit und ohne Lackkappe, sehr schöne Passform, solange Vorrat 6<sup>75</sup>  
 1 grosser Posten Herren-Schnürstiefel, mit und ohne Lackkappe, solange Vorrat 7<sup>75</sup>  
 Reiseschuhe - Tennisschuhe - Sandalen in sehr grosser Auswahl

### Schlaf- und Reisedecken

Schlafdecke „Rekord“, mel. Pond mit Streifenborde Stück 2<sup>45</sup>  
 Schlafdecke „Syrien“, Kameelhaarfarbe mit Orecqueborde Stück 3<sup>15</sup>  
 Wollene Schlafdecke „Export“, modelfarbig mit Streifenborde Stück 4<sup>50</sup>  
 Kattun - Steppdecken Stück 2<sup>65</sup>  
 Bunte Satin - Steppdecken, mit Normalfutter Stück 5<sup>75</sup>

Reisekoffer mit Lederriemen Reisekartons 2<sup>50</sup> 2<sup>25</sup> 2<sup>00</sup> - Picknickrollen

Macco-Herren-Hemden, beige, leicht 1<sup>25</sup> 1<sup>10</sup> 85 Pl.  
 beige und gelb 2<sup>00</sup> 2<sup>35</sup> 2<sup>15</sup>  
 Macco-Herren-Hosen, beige und gelb 1<sup>20</sup> 95 75 Pl.  
 beige und gelb 2<sup>25</sup> 2<sup>00</sup> 1<sup>75</sup>

Touristen-Hemden für Herren, beige und gelb, Tricots 2<sup>50</sup> 2<sup>40</sup> 2<sup>15</sup>  
 für Knaben, beige und gelb, Tricots 2<sup>00</sup> 1<sup>75</sup> 1<sup>50</sup>  
 bunt Tricot 2<sup>25</sup> 2<sup>00</sup> 1<sup>75</sup>  
 Sportserviteurs, sehr hübsche Muster 75 45 25 Pl.

Luftkissen mit Bezug 1<sup>45</sup> ohne Bezug 75 Pl.

Reisekissen, Satin mit Flaumendaunen 95 75 Pl.

Sonntag geschlossen.

Plaidhüllen

von 95 Pl. aufwärts

Sonntag geschlossen.



Eine Flugblattverbreitung in Groß-Berlin zugunsten der streikenden Bäcker

findet morgen Sonntag früh 8 Uhr von den bekannten Stellen aus statt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste! Anlässlich der jetzigen Ausflüge nach dem Spreewald...

Alle Anfragen bezüglich Budo (Märkische Schweiz) sind an den Genossen Frig Simon...

Achtung, Parteigenossen!

Zur Unterstützung des Streiks und Boykotts der Bäcker findet am Sonntag, den 9. Juni, früh 8 Uhr, wiederum eine Flugblattverbreitung in Groß-Berlin statt.

Zentralvorstand und Gewerkschafts-Kommission haben einstimmig weitgehendste Unterstützung zugesagt.

In Berlin findet die Verbreitung in allen sechs Kreisen statt.

In Teltow-Beeskow an folgenden Orten: Adlershof, Birk, Charlottenburg, Köpenick, Friedenau, Mariendorf, Nieder-Schöneweide, Nixdorf, Schöneberg, Steglitz, Tempelhof, Trep-tow-Baumshuldenweg.

Im Wahlkreise Nieder-Barnim: Friedrichsberg, Friedrichs-felde, Karlshorst, Lichtersfelde, Pantow, Tegel, Reinickendorf (Ost und West), Nimmelsburg, Weisensee, Wilhelmshuh.

Parteigenossen, tut Eure Schuldigkeit!

Der Zentralvorstand.

Wilmerdorf. Den Genossen zur Nachricht, daß in Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse des Väterstreiks...

Rosowes. Mittwoch, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Ernst Schmidt...

Adlershof. Am Sonntag früh 7 1/2 Uhr findet vom Lokal des Gastwirts Herrn Kühne...

Französisch-Buchholz. Mittwoch, den 12. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Kühne...

Ober-Schöneweide. Dienstagabend 8 1/2 Uhr öffentliche Ver-sammlung im Wilhelmshafen...

Reinickendorf. Am Sonntag findet von den bekannten Stellen aus Flugblattverbreitung statt.

Pantow. Die Bezirksführer werden ersucht, die am Sonntag ausgeteilten Flugblätter heute abend...

Berliner Nachrichten.

Zum Direktor des städtischen Untersuchungsamts für gewerbliche und hygienische Zwecke wurde...

Zweierlei Raß in der Wärmehalle. Uns wird geschrieben: Während des Sommers wollen gefälligst diejenigen Personlichkeiten...

Krankhallen bauen will, deren Oekonomie dem betreffenden Verein ebenfalls übertragen werden soll.

Unserer Meinung nach wäre es das Beste, wenn die Stadt selbst die Wärmehallen übernehme.

Die Linienführung des Großschiffahrtsweges Berlin-Stettin wird jetzt auf der Oberhavel, soweit dieser Flusslauf in Betracht kommt...

Der verfrachtete Milchring. Der vor wenigen Wochen zwecks Gründung eines neuen Milchringes ins Leben gerufene Verein...

Die Hitzeperiode der ersten Hälfte des Mai hat in Berlin eine ganz plötzliche und sehr bedeutende Zunahme der Säuglings-s-sterblichkeit herbeigeführt.

Die Nachrichten der Werderschen Ausstellung machen sich jetzt in benachbarten Obsthäusern unangenehm bemerkbar.

Zwei schwere Straßenbahnunfälle werden uns vom gestrigen Tage gemeldet. Gegen 1 1/2 Uhr mittags fuhr der Radfahrer Wilhelm Kropf...

Eine recht unangenehme Überraschung wurde dem Händler Franz Albrecht zu teil. Er hatte in der Schlesischenstraße geschäftlich zu tun...

Drei große Einbruchdiebstähle, wobei den Tätern für nahezu 10 000 M. Beutefunde in die Hände fielen...

von Hettmann in der Lindenstr. 72 stahlen Einbrecher allein für 5000 M. Ware. Die Spiegbuben hatten es sich bei dem Einbruch äußerst bequem gemacht.

Das Ende des Deutsch-Amerikanischen Theaters. Die Direktoren des Deutsch-Amerikanischen Theaters, die Herren Paul und Adolf Philipp...

Eine furchtbare Bluttat verübte gestern vormittag ein geistes-schwacher Mann in Nichtenberg.

Seit Bergmann in einem Streit einen Schlag auf den Kopf erhielt, war er geistig geschwächt und bekam öfters Krämpfe.

Schwerer Bauunfall. Vom Bau abgestürzt ist der 23jährige Arbeiter August Hoppe aus der Bellealliancestr. 105.

Entführung unter den Passanten der Mühlenstraße herrschte Donnerstag mittag anlässlich folgenden Vorfalles.

Auf einem Bau in der Wilhelmshabenerstraße hat sich am Donnerstag ein Unfall ereignet.

In der Nacht vom 5. zum 6. d. M. ist dem Zimmerer Urban, Bollinerstr. 33, Seitenst. II, sämtliches Handwerkzeug...

Arbeiter-Bildungsschule Berlin. Sonntag, den 9. Juni, Familienausflug nach Grünau-Nichterborn.

Der Zoologische Garten veröffentlicht in den hiesigen Pau-gezeitungen seinen Preisausweis unter den Mitgliedern...

Feuerwehrricht. Wegen einer Gasexplosion wurde gestern früh um 7 Uhr die Feuerwehr nach der Belleoest. 5 gerufen.

